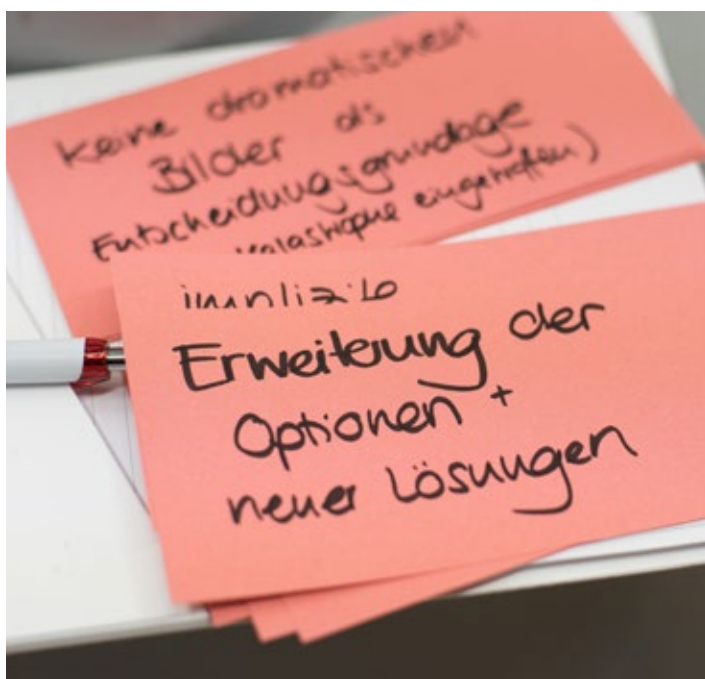


Kurzdokumentation

Fachtagung Katastrophenvorsorge
Berlin, 22.–23. Oktober 2018



Inhalt

Vorwort	3
Workshops 22.–23. Oktober 2018	
Mitgestaltung der Nationalen Strategie zur Katastrophenvorsorge/ Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen	7
Schutzziele und Kritische Infrastrukturen im deutschen Bevölkerungsschutz	12
Umfassendes Risikomanagement im fragilen Kontext	17
CASH-basierte Interventionen in der Katastrophenvorsorge. Eine effektive Modalität für wirksame Hilfe im Notfall?	23
Was eigentlich ist „Foresight“ und was kann Foresight leisten?	25
Katastrophenvorsorge: Ein Querschnittsthema im „Sphere Handbook“ und in den „Minimum Standards in Humanitarian Response“	31
Resilience Concepts – Priorities, Experiences and Ways Forward	34
Geodaten in der Katastrophenvorsorge: Einblicke in Forschung und Praxis	39
Kooperation, Vernetzung und neue Organisationsformen im Krisenmanagement	44
Graphic Recordings	49
Impressionen	53
Impressum	55
Die Grundsätze des Roten Kreuzes und Roten Halbmondes	57

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir freuen uns, Ihnen mit dieser Kurzdokumentation einen kleinen Einblick in die diesjährige Fachtagung Katastrophenvorsorge geben zu können, und hoffen sehr, Sie im kommenden Jahr wieder begrüßen zu können. Einen herzlichen Dank an alle Teilnehmenden, Organisatorinnen und Organisatoren und ganz besonders an alle Referentinnen und Referenten, die im Plenum dazu beigetragen haben, der Tagung einen umfassenden Rahmen zu geben.

Die diesjährige Tagung war ganz dem Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge und den Herausforderungen gewidmet, denen wir innerhalb der Katastrophenvorsorge auf den unterschiedlichen Ebenen begegnen. Der erste Teil stellte die Bedeutung des Rahmenwerks für die Bundesregierung heraus. Zunächst gab Nina Köksalan einen Überblick über aktuelle Entwicklungen seit der Etablierung der Nationalen Kontaktstelle für das Sendai Rahmenwerk in Deutschland. Die sich daraus ableitenden Herausforderungen und Chancen standen im Mittelpunkt der sich anschließenden Podiumsdiskussion.

Neben dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die sich auf die internationale Perspektive konzentrierten, fokussierten die Kolleginnen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat sowie des Bundesumweltministeriums die Herausforderung, das Sendai Rahmenwerk im föderalen System Deutschlands stärker zu verankern.

Thematisch stärker auf die Europäische Union ausgerichtet, stellte dann Per Åhlström eindrücklich die praktischen Implikationen der Katastrophenvorsorge aus Sicht des schwedischen Katastrophenschutzes (MSB) dar. Besondere Bedeutung für den Kampf gegen die diesjährigen Waldbrände in Schweden hatten dabei ihm zufolge u.a. der Europäische Katastrophenschutzmechanismus und die daraus resultierende Unterstützung der Mitgliedsstaaten. Als interessanten Nebeneffekt der Großbrände stellte er heraus, dass sich nun deutlich mehr junge Menschen für eine Mitarbeit in der schwedischen Feuerwehr interessierten, was langfristig die Reaktionsfähigkeiten des schwedischen Katastrophenschutzes stärke.



Spannende Parallelen ergaben sich am zweiten Tag, als Jagan Chapagain, Untergeneralsekretär der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC), die internationale Katastrophenvorsorge der IFRC darstellte und Dr. Alexander Götz als Vertreter des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport wiederum die Perspektive der Länder erläuterte. Neben den Herausforderungen des Klimawandels, denen sich sowohl die internationale als auch die nationale Katastrophenvorsorge stellen muss, zeigt sich insbesondere beim Erreichen und bei der Versorgung der Betroffenen eine weitere gemeinsame Herausforderung, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen. In der internationalen Katastrophenvorsorge besteht die Schwierigkeit häufig darin, die Betroffenen u.a. angesichts einer unzulänglichen Infrastruktur zu erreichen bzw. bei einem Mangel an aktuellen Landkarten überhaupt zu wissen, wo sich Gemeinden befinden. In der nationalen Katastrophenvorsorge ist das Erreichen von Personen in einer Schadenslage u.a. auch deshalb problematisch, weil das Interesse junger Menschen, sich bspw. in der freiwilligen Feuerwehr zu engagieren, abnimmt, was letztlich dazu führt, dass freiwillige Feuerwehren in Gemeinden nicht mehr durchgehend einsatzfähig sind.

Die Relevanz des Austausches zwischen nationaler und internationaler Katastrophenvorsorge zeigt sich also nicht nur bei der Umsetzung des Sendai Rahmenwerks innerhalb Deutschlands, sondern er kann auch ganz konkret eine entscheidende Rolle bei der Weiterentwicklung und Verbesserung der Katastrophenvorsorge auf beiden Ebenen spielen. Um genau diesen Ideen Raum zu geben, fokussierten sich die Workshops u.a. auf Themen wie die Nutzung von Geodaten, die Umsetzung von Maßnahmen in fragilen Kontexten oder neue Organisationsformen im Krisenmanagement.

Wir freuen uns sehr, dass wir mit der Unterstützung des Auswärtigen Amts auch in diesem Jahr wieder eine Fachtagung erleben konnten, die von engagierten und spannenden Diskussionen geprägt war und hoffentlich für den ein oder anderen neue Einblicke in Themenbereiche ermöglicht hat, die man nicht immer bei der täglichen Arbeit in der nationalen oder internationalen Katastrophenvorsorge erhält. Abschließend auch einen herzlichen Dank an die Unterstützerinnen und Unterstützer der Fachtagung Katastrophenvorsorge 2018: das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge und das Katastrophennetzwerk.

Mit besten Grüßen



Stefan Scholz

Fachreferent für Katastrophenvorsorge,
DRK-Generalsekretariat,
Internationale Zusammenarbeit

DIE BEDEUTUNG DES SENDAI RAHMENWERKS FÜR DIE BUNDESREGIERUNG



VISUAL FACILITATORS
SEBASTIAN LÖRSCHER
BERLIN, 22.10.2016

Workshops

22.–23. Oktober 2018

Organisiert durch:



Gefördert durch:



Mit Unterstützung durch:



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



Mitgestaltung der Nationalen Strategie zur Katastrophenvorsorge / Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen

Nina Köksalan, Laura Vanessa Müller, Nationale Kontaktstelle für das Sendai Rahmenwerk Deutschland, beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Stefanie Mey-Richters, II.6 Internationale Angelegenheiten Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Susanne Krings, II.3 Strategie KRITIS, Cyber-Sicherheit KRITIS Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Einführung

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich als eines von weiteren 186 Ländern verpflichtet, das Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge umzusetzen. Das übergeordnete Ziel des Sendai Rahmenwerks liegt darin, bestehende Risiken und Vulnerabilitäten zu reduzieren, neue Katastrophenrisiken zu verhindern und die Resilienz der Bevölkerung gegenüber natürlichen oder vom Menschen verursachten Gefahren zu stärken. Die Umsetzung des Sendai Rahmenwerkes in Deutschland stellt eine Chance dar, das existierende Katastrophenschutzsystem weiter zu stärken und dort, wo es nötig ist, mittels innovativer Erkenntnisse zu ergänzen sowie die Querschnittsfunktion des Katastrophenisikomanagements zu fördern.

Zur Umsetzung des Sendai Rahmenwerks wird als erster Meilenstein für das Jahr 2020 eine Nationale Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen angestrebt. Sie soll die bereits existierenden Ansätze und Bemühungen des integrierten Katastrophenisikomanagements in Deutschland zusammenführen und – wo angemessen – durch Aspekte des Sendai Rahmenwerks erweitern sowie Synergieeffekte zwischen Katastrophenisikomanagement, Anpassung an den Klimawandel und nachhaltiger Entwicklung fördern.

Ablauf des Workshops

Das übergeordnete Ziel des Workshops war es, Beiträge zur Mitgestaltung der Nationalen Strategie mit der Fachöffentlichkeit zu sammeln und zu erarbeiten. Zur Einführung wurde eine Übersicht über bereits existierende Strategien in Deutschland und in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe Deutschlands im Kontext des Sendai Rahmenwerks gegeben. Im Anschluss wurden die vier Handlungsprioritäten inhaltlich vorgestellt, an denen sich auch die Gruppenarbeit orientierte. Diese Handlungsprioritäten lauten:

- 1) Katastrophenrisiken verstehen
- 2) Die Institutionen der Katastrophenvorsorge stärken, um das Katastrophenrisiko zu steuern
- 3) In die Katastrophenvorsorge investieren, um die Resilienz zu stärken
- 4) Die Vorbereitung auf den Katastrophenfall verbessern, um wirksamer reagieren und bei Wiederherstellung, Rehabilitation und Wiederaufbau nach dem Prinzip „Besser wiederaufbauen“ vorgehen zu können.

Im Anschluss an die Einführung haben vier thematische Gruppen Handlungsempfehlungen und Lösungsansätze diskutiert und dabei die Fragen „Welche Herausforderungen gibt es?“, „Worauf kann man aufbauen?“ und „Welche Chancen kann man nutzen?“ adressiert.

Nach der Hälfte der Zeit hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, die Diskussionsrunde zu wechseln

und ihre Ideen zu einer weiteren Handlungspriorität einfließen zu lassen. Im Anschluss an die Gruppenarbeit wurden die erarbeiteten Ergebnisse vorgestellt und im Plenum diskutiert. Am zweiten Tag wurden im Anschluss an die Gruppenarbeit die Ergebnisse aus dem ersten und zweiten Workshop zusammengeführt, diskutiert und ergänzt.



Ergebnis

Während der Workshops wurden durch die vielfältige Expertise der Teilnehmenden unterschiedliche Perspektiven beleuchtet sowie verschiedenste Handlungsempfehlungen erarbeitet.

1. Katastrophenrisiken verstehen

Im Bereich der 1. Handlungspriorität wurden vorwiegend Herausforderungen in der Forschung und Bewusstseinsbildung für Katastrophenrisiken identifiziert. Es wurde dabei auch auf die Vielzahl etablierter methodischer Ansätze und vorhandener Kanäle für Öffentlichkeitsarbeit und Risikokommunikation verwiesen.

Die darauf aufbauenden Lösungsvorschläge und Handlungsempfehlungen reichen von der Weiterentwicklung der Risikoanalyse über das verstärkte Vorantreiben der Sensibilisierung der Bevölkerung (z. B. Nutzung von Social Media) bis hin zur Entwicklung und Etablierung von Plattformen zum Austausch von Daten. Auch die erhöhte Bereitstellung von Ressourcen wie Finanzmittel, Wissen und Personal war den Teilnehmenden als Handlungsempfehlung wichtig.



2. Die Institutionen der Katastrophenvorsorge stärken, um das Katastrophenrisiko zu steuern

Herausforderungen innerhalb der 2. Handlungspriorität wurden hauptsächlich im Bereich der sektor- und ebenenübergreifenden Zusammenarbeit und der Zuständigkeiten gesehen. Aufbauen könne man allerdings auf bereits bestehenden Strategien, Plänen und Programmen. Die genannten Lösungsvorschläge der 2. Handlungspriorität umfassen beispielsweise die Erneuerung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die Vernetzung von Akteuren auf allen Ebenen und die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Zusammenhalts. Ein integriertes Risikomanagement verlange es auch, die thematische Perspektive zu erweitern und proaktive Maßnahmen in der Prävention und Vorsorge stärker zu fördern. Als eine Voraussetzung sollten Begriffe der Katastrophenvorsorge einheitlich definiert werden, um ein gemeinsames Verständnis zu fördern und alle relevanten Akteure zu identifizieren. Außerdem erfolgten Vorschläge zur stärkeren Einbeziehung der Katastrophenvorsorge in der Entwicklungszusammenarbeit.



3. In die Katastrophenvorsorge investieren, um die Resilienz zu stärken

Im Rahmen der 3. Handlungspriorität wurden vielseitige Herausforderungen identifiziert. Genannt wurden beispielsweise bürokratische Hürden für Investitionen, soziale Ungleichheit oder die Erwartungshaltung an den Staat als ultimativen Garanten für Sicherheit. Gleichzeitig wurde auf gute Praktiken und Trends hingewiesen, auf denen sich aufbauen lässt, so etwa im Bereich Bildung und Forschung mit der Zunahme von Studiengängen mit Bezug zu Katastrophenschutz und -vorsorge. Lösungsvorschläge waren zum Beispiel die frühzeitige Verankerung von Selbstschutzzinhalten im Bildungsbereich oder die Schaffung finanzieller Anreize für Engagement und Investitionen in die Katastrophenvorsorge durch die Vereinfachung von Fördermittelrichtlinien. Die Diskussion fokussierte vor allem die lokale Ebene, die mit einer Art Methodenbaukasten für Kommunen unterstützt werden könnte. Darüber hinaus wurden Vorschläge über die Notwendigkeit von neuen Ansätzen angebracht, wie beispielsweise die Betrachtung einer Hitzewelle als eine Katastrophe, um präventive Maßnahmen zu entwickeln. Plädiert wurde zudem für eine bessere Verknüpfung von nationalen und internationalen Ansätzen.



4. Die Vorbereitung auf den Katastrophenfall verbessern, um wirksamer reagieren und bei Wiederherstellung, Rehabilitation und Wiederaufbau nach dem Prinzip „Besser wiederaufbauen“ vorgehen zu können.

Die Diskussion rund um die 4. Handlungspriorität nahm sich u.a. des Themenkomplexes ‚bürgerschaftliches Engagement‘ an. Steigende Anforderungen an das Ehrenamt wurden als Herausforderung gewertet, wobei es neue Formen der Mitwirkung gebe. Darüber hinaus wurden im Spannungsfeld Wirtschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung etwa die Auswirkungen von Wettbewerbsrecht und Ausschreibungspraxis als Herausforderungen themati-

siert. Es wurden auch Chancen und Handlungsfelder in der Kompetenzentwicklung, dem Management der Formenvielfalt bürgerschaftlichen Engagements und der Nachwuchsarbeit benannt. Weitere Diskussionspunkte waren die Warnung, die Eigenvorsorge der Bevölkerung, die Berücksichtigung aller Phasen des Katastrophenmanagements (bis hin zur langfristigen Evaluierung) sowie Abhängigkeiten von kritischen Infrastrukturen oder Lieferketten. Zum Thema ‚Zusammenarbeit‘ wurden bestehende Strukturen, Gremien und Mandate als gute Basis herausgestellt. Handlungsempfehlungen bezogen sich auf die Verbesserung von Abstimmungsprozessen und die Bündelung von Ressourcen und Interessen.

- Die vielfältige Expertise und die aktive Diskussion der Teilnehmenden haben viele wichtige Impulse und Vorschläge für die Gestaltung der Nationalen Strategie hervorgebracht.



MITGESTALTUNG DER NATIONALEN STRATEGIE ZUR KATASTROPHENVORSORGE

Work
Shop
6

STÄRKUNG DER RESILIENZ GEGENÜBER KATASTROPHEN

1 KATASTROPHENRISIKEN VERSTEHEN



2 DIE INSTITUTIONEN DER KATASTROPHENVORSORGE STÄRKEN



3 IN DIE KATASTROPHENVORSORGE INVESTIEREN



4 DIE VORBEREITUNG AUF DEN KATASTROPHENFALL VERBESSERN



VISUAL FACILITATORS
SEBASTIAN LÖRSCHER
BERLIN, 23. 10. 2018



Schutzziele und Kritische Infrastrukturen im deutschen Bevölkerungsschutz

Lynn Schüller, Benni Thiebes, Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV)
Agnetha Schuchardt, Jennifer Hartmann, Freie Universität Berlin (FU Berlin)

Einführung

Der Workshop basierte auf dem Forschungsprojekt DESKRIS – „Definition von Schutzzielen und -niveaus Kritischer Infrastrukturen in Deutschland: Forschungsstand, rechtlicher Rahmen und politische Entscheidungsfindung“, das von der FU Berlin, dem DKKV und der Universität Bielefeld bearbeitet wird. Schutzziele beziehen sich auf den angestrebten Zustand bestimmter Schutzgüter. Diese Schutzgüter sollen aufgrund ihres ideellen oder materiellen Wertes vor einem Schaden bewahrt werden. Ein Schutzziel legt fest, welcher Zustand für ein Schutzgut nach einem Schadensereignis angestrebt wird bzw. welcher Zustand nach einer Beeinträchtigung wieder erreicht werden soll.

Nach einer einleitenden Präsentation zum Thema „Schutzziele und Kritische Infrastrukturen“ begann die Gruppenarbeit für die Teilnehmenden, die vornehmlich aus der Praxis stammten (Hilfsorganisationen, kommunale Katastrophenschutzbeauftragte). Ergänzt wurde dies durch Meinungen aus der Forschung. Ziel war es, die Perspektiven der

Teilnehmenden auf das Thema Schutzziele zu erfassen und der Frage nachzugehen, warum es im Bereich des Bevölkerungsschutzes so schwierig ist, Schutzziele festzulegen. Mittels der partizipativen World-Café-Methode wurden die drei Themen „Schutzgut“, „Partizipation und Erwartungshaltung“ sowie „Handlungsbedarf“ diskutiert.

Es wurde z. B. besprochen, welche materiellen oder immateriellen **Schutzgüter** aus Sicht der Teilnehmenden schützenswert sind und welche Merkmale diese Güter schützenswert machen. So sprach sich die Mehrheit u. a. für den Schutz von Kulturgütern aus, da diese identitätsstiftend sind und einen wichtigen Bildungsauftrag haben. Darüber hinaus können Kulturgüter in einer Region dazu beitragen, den Wiederaufbau von Kritischen Infrastrukturen nach einer Krise zu beschleunigen, da sie eine Region lebenswerter machen und der Grund für touristische Einnahmen sein können. Des Weiteren wurden die Trinkwasser- und Ernährungsversorgung als elementare Schutzgüter benannt, da sie die Lebens-

grundlage der Menschen bilden. Hier herrschte Übereinstimmung dahingehend, dass Nahrungsmittel und Trinkwasser in einer Krise in ausreichender Quantität und hoher Qualität verfügbar sein müssen. Als **Schutzziele**, die den Teilnehmenden bereits bekannt sind, wurden die Hilfsfrist von z. B. acht Minuten (Zeitspanne vom Beginn der Notrufabfrage in der Leitstelle bis zum Eintreffen der Hilfskräfte am Einsatzort) sowie die Trinkwasserverordnung (Versorgung der Bevölkerung mit 15 Litern Trinkwasser / Person & Tag) genannt. Zusätzlich wurden u. a. die wünschenswerten Schutzziele „Ausreichend Personal und Material für die medizinische Versorgung der Bevölkerung vorhalten“ sowie „Sicherstellung der Kommunikation in der Krise“ geäußert. Ein weiterer interessanter Gedanke war es, den Wahrheitsgehalt einer Nachricht oder Pressemitteilung als Schutzgut zu definieren. In Zeiten zunehmender „Fake News“ und gefilterter Inhalte sei ein hoher Anspruch an den Wahrheitsgehalt einer Nachricht elementar und daher schützenswert.

Zusammenarbeit von Medien und Politik umgesetzt werden. Dabei gelte es, Katastrophenvorsorge als Thema durchgängig in den Medien zu halten und nicht bloß vereinzelte Berichte zu veröffentlichen. Dennoch sei es schwierig, das öffentliche Interesse für ein Thema zu wecken, das für viele Menschen aufgrund eines Mangels an Berührungspunkten nicht greifbar sei. Ein Lösungsvorschlag hierfür war die Einbeziehung von Privatpersonen in Katastrophenschutzübungen oder die Vermittlung entsprechender



Inhalte in Schulen. Noch wichtiger als der Rückhalt der Bevölkerung wurde in der Diskussion jedoch der politische Wille zur Festlegung von Schutzzielen eingeschätzt. Politische Leitfiguren, die sich speziell für das Thema Schutzziele und Katastrophenvorsorge einsetzen, wären hilfreich, um den öffentlichen Diskurs voranzutreiben.

Die **Partizipation und Erwartungshaltung** der Teilnehmenden im Hinblick auf den Prozess der Aushandlung von Schutzzielen wurden ebenfalls thematisiert. Hervorgehoben wurden insbesondere Transparenz und eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger während des Aushandlungsprozesses von Schutzzielen, der z. B. mit einem Gremium begonnen werden könnte. Dabei sollte dieses Gremium mit Bürgervertreterinnen und -vertretern, Hilfsorganisationen, Fachkundige, die das entsprechende Fachwissen mitbringen, der Privatwirtschaft sowie Entscheiderinnen und Entscheider, welche das politische Interesse an der Schutzzieldaushandlung repräsentieren sollen, besetzt werden. Weiter sollten auch die Schnittstellen zu anderen KRITIS (z. B. Logistik, Strom) abgedeckt werden, da KRITIS aufgrund der zahlreichen Verflechtungen untereinander

Ergebnis

Die Frage, wie erkannte **Schutzdefizite** (z. B. die Evakuierung vulnerabler Personen in einer Krise oder auch die Kommunikation unterschiedlicher Hilfsorganisationen untereinander) letztendlich in Schutzziele umgewandelt werden könnten, wurde ebenfalls lebhaft diskutiert. Um die Festlegung von Schutzzielen voranzutreiben, sei es wichtig, die erwarteten Kosten, die häufig ein Hemmnis darstellten, mit den jeweiligen Vorteilen (z. B. Rettung von Menschenleben) zu rechtfertigen. Dies sollte vor allem in einer besseren



der nicht losgelöst betrachtet werden können. Diese breite Besetzung und Beteiligung soll vor allem den Rückhalt in der Bevölkerung wie auch den allgemeinen Konsens aller Beteiligten und Betroffenen sicherstellen, um so die Aushandlung sowie die Umsetzung von strategischen und operativen Schutzzielen durchführen zu können. Die Umsetzung von Schutzzielen (Maßnahmen) ist dabei immer mit finanziellen Ressourcen verbunden; daher ist es zielführend, ebenfalls potenzielle Betroffene (z. B. Krankenkassen, Apotheken) vorab zu involvieren und an den Aushandlungen zu beteiligen. Dieser Ansatz ist partizipativ und kooperativ und steht im Gegensatz zum direktiven Ansatz, der ebenfalls diskutiert wurde. Der direktive Ansatz zeichnet sich dadurch aus, dass der Bund mit seinem Auftrag zur Daseinsvorsorge in der Aushandlung und in der Umsetzung von Schutzzielen „top-down“ richtungsweisend ist und diese u. U. auch durchsetzt. Dieser Ansatz wurde in der Abschlussdiskussion wieder aufgegriffen und ausführlich besprochen.

In der **Abschlussdiskussion** wurde kritisch darüber gesprochen, ob ein partizipativer Ansatz zur Schutzzielfestlegung zielführend ist. Die Einbeziehung unterschiedlicher Beteiligter bringe u. a. die Herausforderung mit sich, dass jeder Beteiligte versuche, die eigenen Kosten und Verpflichtungen zu minimieren. Dem gegenüber stehe jedoch die Forderung, dass Schutzziele von allen relevanten Beteiligten akzeptiert werden sollten, um eine effektive Umsetzung sicherzustellen. Des Weiteren wurde der Bund bei der Festlegung von Schutzzielen zwar einerseits als zentraler Wegbereiter gesehen, andererseits bestand Einigkeit darüber, dass ihm der Zugang zu den Anlagen kritischer Infrastrukturen fehlt, da diese in privater Hand sind. Dienstleistungen und Waren, die in den Bereich der Daseinsvorsorge fallen, sollten daher vor Privatisierung geschützt werden. Von Unternehmen kann nicht erwartet werden, die Kosten, die für deren Schutz anfallen, zu erwirtschaften. Auslagen für Präventionsmaßnahmen sollten daher staatlich unterstützt werden. Ein weiteres kontroverses Thema waren die Einbeziehung der Zivilbevölkerung in den Aushandlungsprozess von Schutzzielen und die Frage, ob und wie dies konkret umgesetzt werden könnte. Der Rückhalt der Bevölkerung ist notwendig für die erfolgreiche Implementierung von Schutzzielen. Dafür müssen Bürgerinnen und Bürger informiert und einbezogen werden. Jedoch wurden darin einige Schwierigkeiten gesehen – u. a. könnte dies zu einer Entschleunigung der Entscheidungsfindung führen, und es besteht das Problem der Komplexität des Schutzes Kritischer Infrastrukturen, welche den Zugang zu diesem Thema für Laien erschwert.

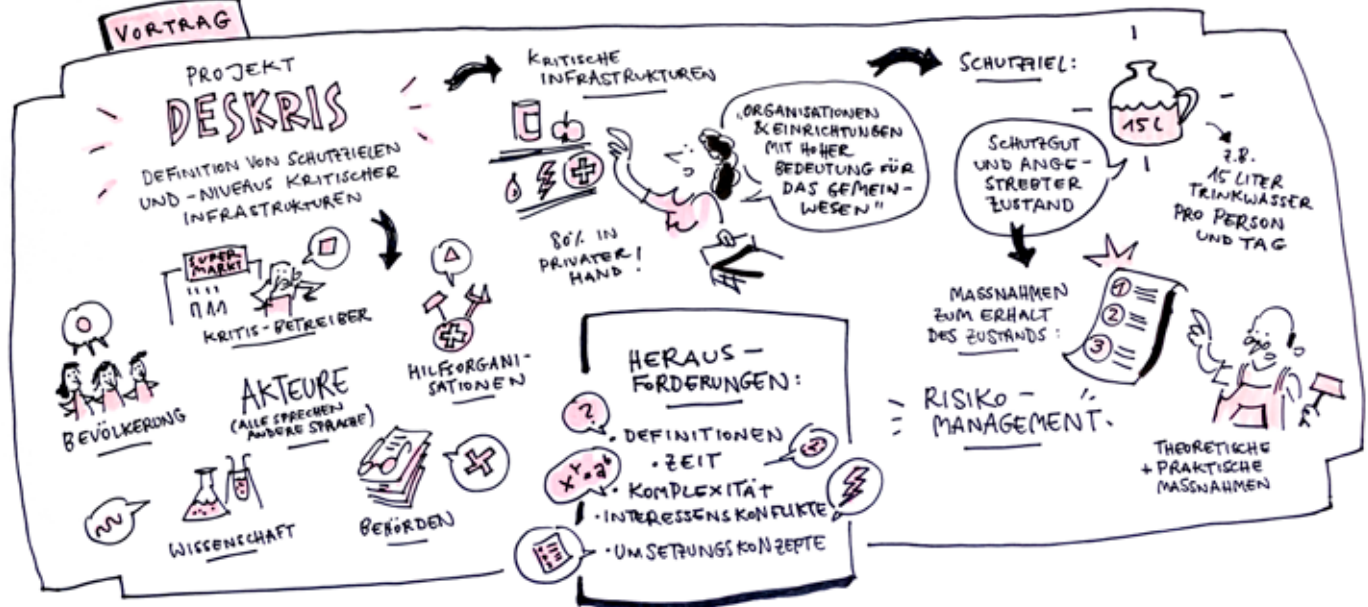
- > Die Festlegung von Schutzzielen im Bevölkerungsschutz ist zukünftig weiterzuentwickeln und die mögliche Einbeziehung der Wirtschaft sowie der Zivilbevölkerung zielführender zu koordinieren.

SCHUTZZIELE & KRITISCHE INFRASTRUKTUREN

Work-Shop
2

— IM DEUTSCHEN BEVÖLKERUNGSSCHUTZ —

VORTRAG



GRUPPENARBEIT

1 SCHUTZGUT

BEISPIELE



BILDUNG



ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR



TIEREX NATURE



MENSCHLICHE GESUNDHEIT

KRITERIEN



MENGE & QUALITÄT



MEDIZINISCHE GRUNDVERSORGUNG



ETHIK



EHNEITLICHE LEBENSVERHÄLTNISSE

SCHUTZZIELE



TRINKWASSER-VERSORGUNG



ERNÄHRUNGS-SICHERSTELLUNG



SICHERSTELLUNG DER KOMMUNIKATION



WIRTSCHAFT-LICHKEIT

2 PARTIZIPATION & ERWARTUNGS-HALTUNG



MASSNAHMEN-KATALOG

GRUPPENSCHULUNG

AUSGEHANDELTES SCHUTZZIEL



BÜRGERVERTRETER



POLITIKER



WIRTSCHAFT



FACHLEUTE



FEUER-WEHR



KRANKEN-KASSEN



ÖFFENTLICHE, TRANSPARENTE PROZESSE

3 HANDLUNGS- BEDARF

SCHUTZDEFIZITE



UMSETZUNG



IMPULS- GEBUNG



VISUAL FACILITATORS
SEBASTIAN GÖRSCHER
BERLIN, 22.6.18



Umfassendes Risikomanagement im fragilen Kontext

Ria Hidajat, Markus Steinich, Julian Tost, Andrea Staudhammer, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Katie Peters, Overseas Development Institute (ODI)

Einführung

Der Zusammenhang zwischen Katastrophen, Extremereignissen und graduellen Klimaveränderungen ist deutlich erkennbar. Die jüngsten Klimaprojektionen gehen von einer signifikanten Zunahme der Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen aus. Ein umfassendes Risikomanagement ist nötig, um das Risiko einer Gesellschaft gegenüber Extremereignissen und den Auswirkungen von schleichenden Klimaveränderungen zu reduzieren und gleichzeitig die Bewältigungs- und Anpassungskapazitäten zu erhöhen. Naturkatastrophen und ihre Folgen stellen große Herausforderungen für die Umsetzung der Post-2015-Agenden im Allgemeinen und für die Friedenssicherung in fragilen Kontexten und Konflikten im Besonderen dar. 58 Prozent der durch Naturkatastrophen tödlich verunglückten Menschen lebten in einem der 30 fragilsten Staaten der Welt und sind zunehmend von gewaltsamer oder katastropheninduzierter Vertreibung betroffen. Um diese

Zusammenhänge näher zu beleuchten und den Herausforderungen zu begegnen, hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit neuste Erkenntnisse zu Instrumenten, Methoden und Konzepten vorgestellt und mit den Teilnehmenden des Workshops gemeinsam diskutiert.

Ablauf

Orsola Lussignoli, Referentin für Katastrophenrisikomanagement im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), eröffnete den Workshop mit einleitenden Worten zu der Bedeutung der Thematik vor dem Hintergrund eines sich ändernden Klimas, der ansteigenden Weltbevölkerung und der internationalen politischen Agenden, die die globalen Herausforderungen formalisieren und organisieren. Der Workshop orientierte sich an drei aktuellen Themen, die in Form von Input-Referaten

und anschließender Gruppendiskussion erörtert wurden: „Kohärenz internationaler Agenden“, „Umfassendes Risikomanagement in fragilen Kontexten“, „Innovative Finanzinstrumente, Klimarisikoversicherungen und menschliche Mobilität“. Die thematische Ausrichtung wurde von einem Keynote-Vortrag von Katie Peters vom Overseas Development Institute (ODI) eingeleitet. Das ODI und das GIZ-Sektorprogramm „Frieden und Sicherheit, Katastrophenrisikomanagement“ im Auftrag des BMZs wollen Zusammenhänge verstehen und Erkenntnisse darüber gewinnen, was passiert, wenn Naturkatastrophen und Konflikte aufeinandertreffen. Strategien, Ansätze und Instrumente im Nexus von Naturkatastrophen und Konflikten sollen bei der Ausformulierung von internationalen Rahmenwerken und in der Umsetzung von Projekten mit eingebracht werden.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe „Umfassendes Risikomanagement in fragilen Kontexten“

Umfassendes Risikomanagement beschreibt den holistischen und kontinuierlichen Prozess der Planung, Durchführung und Anpassung von Strategien und Maßnahmen, die auf die Reduzierung von Gefährdung und Vulnerabilität gegenüber Extremereignissen sowie die Stärkung der Bewältigungskapazitäten (Resilienz) von Individuen, Haushalten und Staaten abzielen. Durch die Berücksichtigung verschiedener Risiken soll so eine vorausschauende Planung ermöglicht werden und sollen Entscheidungsträgerin-

nen und -träger aus dem öffentlichen und privaten Sektor bei der Priorisierung, Finanzierung und Implementierung von identifizierten Maßnahmen unterstützt werden. **Fragile Kontexte** beeinflussen das Auftreten und die Auswirkungen von Katastrophen, da sie die Vulnerabilität von Individuen oder ganzen Systemen erhöhen können und beispielsweise die Vorbereitung auf den Katastrophenfall konfliktsensibel und friedensfördernd gestaltet werden muss.



In dieser **ersten Arbeitsgruppe** haben die Teilnehmenden aus ihrem beruflichen Erfahrungsschatz mit Blick auf das Katastrophenrisikomanagement (KRM) in fragilen Kontexten berichtet und gemeinsam mit Ria Hidajat (GIZ) und Katie Peters (ODI) diskutiert. Die Schwierigkeit von Sammlung und Zugang zu Daten wurde als ein zentrales Hemmnis für eine erfolgreiche Implementierung von Projekten in fragilen Kontexten identifiziert. Lokale Kommunen als Ersthelfer und Empfänger von Maßnahmen können häufig aufgrund fragiler Sicherheitslagen und fehlender behördlicher Koordination keine effektiven Programmansätze mittragen, wodurch sich auch Grenzen im Monitoring und für den Kapazitätsaufbau ergeben. Das international anerkannte Prinzip des katastrophenpräventiven Wiederaufbaus (build back better) bietet großes Potenzial in fragilen Kontexten, wird aber aufgrund eines Mangels an (technischer) Kapazität nur unzureichend umgesetzt.

Trotzdem bieten fragile Kontexte Möglichkeiten und Einfallstore für das Katastrophenrisikomanagement, wie beispielsweise ein gestiegener Bedarf an Informationsaustausch und dem Aufbau von Netzwerken, an guter Regierungsführung oder dem Zusammen-





rücken von Akteuren, die im Nachgang von Katastrophen gemeinsame Interessenlagen erkennen können. Die Notwendigkeit für einen zeitintensiven Vertrauensaufbau wurde als potenzielle Hürde genannt. Der Umgang mit bewaffneten Gruppen und nichtstaatlichen Akteuren und Banden ist eine Herausforderung. Grundsätzlich wurde der Ansatz diskutiert, das Risiko mehr vom Kontext aus zu betrachten und weniger von der eigentlichen Gefahr („hazard“). Der Austausch mit Sachverständigen der Friedens- und Konfliktforschung ist notwendig.

Arbeitsgruppe „Kohärenz internationaler Agenden“

Das Thema Katastrophenrisikomanagement steht im Mittelpunkt des Sendai Rahmenwerks zur Reduzierung von Katastrophenrisiken und findet als Querschnittsthema im Übereinkommen von Paris, aber auch in der Neuen Urbanen Agenda sowie in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung seinen Niederschlag. Die Euphorie der Agenden-Entwicklung führte 2015 aber nur zu begrenzt aufeinander abgestimmten Übereinkommen. Aus den vier genannten Agenden ergeben sich unterschiedliche Verpflichtungen auf nationaler und lokaler Ebene zur Entwicklung landesbezogener Strategien, zum Aufbau von Informationssystemen oder zur Entwicklung von Versicherungssystemen. Die Globale Initiative Katastrophenrisikomanagement (GIKRM) verfolgt dabei das Ziel, ausgewählte Akteure in ihrem Bestreben nach Kohärenz hinsichtlich Planung, Umsetzung und Berichterstattung zum KRM zwischen Sendai

Rahmenwerk, Pariser Klimaabkommen, Agenda 2030 und der Neuen Urbanen Agenda zu stärken.

Bei der **zweiten Arbeitsgruppe** mit Markus Steinich (GIZ) und Alexandra van Hoek (GIZ) ging es daher darum, Erfahrungen im Umgang mit der **Kohärenz internationaler Agenden** zu sammeln sowie Folgen fehlender Kohärenz und Möglichkeiten zur Erreichung von mehr Kohärenz auszuloten. Der Arbeitsaufwand im Bereich Zuständigkeiten, Datenerhebung oder Berichterstattung kann bei kohärenter Abstimmung reduziert werden. Das erfordert eine effektive Artikulation von nationalen und regionalen Kohärenzbedarfen gegenüber der nationalen Ebene. Globale öffentliche Güter können als Anknüpfungspunkt für die Diskussion zur Agendakohärenz dienen. Praktisch wurde von den Teilnehmenden jedoch auch angemerkt, dass sich die Versäulung vor Ort in konkreten Projekten auflöst und das Problem fehlender Kohärenz vor allem auf übergeordneter politischer Ebene darstellt.

Arbeitsgruppe „Innovative Finanzinstrumente, Klimarisikoversicherungen und menschliche Mobilität“

Die **dritte Arbeitsgruppe** mit Julian Tost (GIZ) und Andrea Staudhammer (GIZ) beschäftigte sich mit Blick auf den Klimawandel intensiv mit innovativen (Finanz-)Instrumenten, Klimarisikoversicherungen und menschlicher Mobilität im Kontext fragiler Staatlichkeit. Zentrale Herausforderungen der **Klimarisikoversicherungen** wurden identifiziert, so etwa die Frage nach deren Einsetzbarkeit in fragilen Kontexten angesichts schwacher Kapazitäten des Staates als Versicherungsnehmer und Implementierungspartner. Folglich können nichtstaatliche Akteure als Kooperationspartner in den Fokus rücken, wie u.a. NGOs, Diaspora und glaubensbasierte Organisationen. Weitere Probleme umfassen die Finanzierung der Versicherungsprämie, die Identifizierung von Standards und Zielgruppen und die schwierige Datenlage in Bezug auf Schwellenwerte von indexbasierten Versicherungslösungen. Daraus ergeben sich Bedarfe der instrumentellen Anpassung, sodass alternative Finanzierungslösungen von bedarfsgerechten Versicherungsprodukten über Replika-Versicherungen bis hin zu Forecast-Based Financing verstärkt Beachtung finden. Es bestehen jedoch nur vereinzelt

Erfahrungswerte mit diesen Instrumenten in fragilen Kontexten. Die Kernaufgabe der Umsetzung besteht darin, das oberste Ziel der Resilienzstärkung zu wahren und allgemeinverbindliche Prinzipien wie Build back better und Do-no-Harm einzuhalten. Folglich sind u. a. der Wiederaufbau in Hochrisikogebieten, falsche Adressierungen von Zielgruppen und Standards sowie Korruption stets zu vermeiden.

Vor dem Hintergrund der **menschlichen Mobilität** sind besonders Binnenvertriebene diejenigen, die nicht im Sendai Framework, aber im Paris Agreement berücksichtigt werden. Ihre Anzahl und das Ausmaß ihrer Betroffenheit z. B. mit Blick auf den Klimawandel nehmen aber zu. Binnenvertriebene und andere besonders vulnerable Gruppen in fragilen Kontexten verfügen über keine (angemessene) Repräsentanz in den globalen Agenden, und ihre Bedürfnisse werden in den zentralen Wirkungszusammenhängen mit dem Klimawandel unzureichend verstanden und selten explizit adressiert. Die Arbeitsgruppe kam daher zu dem Schluss, dass die Veränderung von bzw. hin zu



fragilen Kontexten eine neue Ausrichtung des internationalen Katastrophen- und Klimarisikomanagements erforderlich macht, die sowohl veränderte Bedürfnisse und Potenziale in der Akteurslandschaft auf Geber- und Nehmerseite als auch angemessene Finanzierungsinstrumente berücksichtigt.

- > Zusammen mit 30 Vertreterinnen und Vertretern von NGOs, Forschungseinrichtungen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe und der Privatwirtschaft wurden aktuelle Entwicklungen, Ansätze und Maßnahmen in verschiedenen Teilbereichen des Katastrophenrisikomanagements in fragilen Kontexten vorgestellt und diskutiert.

KATASTROPHENRISIKOMANAGEMENT

— IM FRAGILEN KONTEXT —

WORK-SHOP
3

VORTRÄGE

BSP. PAZIFIK



BSP. MOSAMBIK



KLIMAWANDEL —
— INNOVATIVE FINANZIERUNGS-
MODELLE & MENSCHLICHE
MOBILITÄT



GRUPPENARBEIT

KATASTROPHEN-
RISIKOMANAGEMENT
IM FRAGILEN
KONTEXT



KATASTROPHENVORBEREITUNG
BEI SCHULEINTRITT



AUSTAUSCH MIT
ANDEREN ORGANISATIONEN

KOHÄRENZ GLOBALER AGENDEN ALS BEITRAG ZUM UMFASSENDEM RISIKOMANAGEMENT



KOMPLEXITÄT VS.
BEDÜRFNISSE VOR ORT



... ABER WIR BRAUCHEN
KOMPLEXITÄT, UM UNSERE
VORHABEN GUT DARZUSTELLEN



IMPLEMENTIERUNG IN
FRAGILEN REGIONEN

INNOVATIVE INSTRUMENTE : KUMARISIKOVERSICHERUNG & MENSCHLICHE MOBILITÄT



WIE KÖNNEN
WIR LOKALE
BEZIEHUNGEN
STÄRKEN?

PROBLEME :

~~ANALPHABETIS-
MUS~~

~~KORRUPTION~~

~~TRANSPARENZ~~

~~RECHTS-
LAGE~~



WER SIND
UNSERE
PARTNER?

BEGRIFFLICH-
KEIT



VISUAL FACILITATORS
SEBASTIAN LÖRSCHER
BERLIN, 22.10.2018



CASH-basierte Interventionen in der Katastrophenvorsorge. Eine effektive Modalität für wirksame Hilfe im Notfall?

Marlene Fiedler, Anja Böhnke, Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat (DRK)

Brady Mott, Bruno Molijn, Oxfam Novib

Mareike Badoreck, Aktion gegen den Hunger

Einführung

Der Workshop hatte das Ziel, den Teilnehmenden CASH-basierte Interventionen als eine Modalität in der Katastrophenvorsorge näherzubringen, gleichzeitig die Vor- und Nachteile zu beleuchten und gemeinsam zu diskutieren, wie und ob CASH-basierte Interventionen eine effiziente Modalität sind. Hierzu

wurde zum Auftakt des Workshops die Bedeutung von CASH im Allgemeinen und in der Katastrophenvorsorge im Besonderen in den drei Organisationen vorgestellt. Erfahrungsberichte und praktische Beispiele haben bewährte Ansätze und Erfahrungen aufgezeigt. Anschließend wurden in zwei Gruppen die Möglichkeiten von CASH-basierten Interventionen vor einer plötzlich auftretenden Krise sowie im Kontext einer lang anhaltenden Krise diskutiert.

Herausgearbeitet wurde, dass unabhängig von der Art der Krise besonders Cash-for-Work-Programme zum Aufbau von lokaler Infrastruktur, beispielsweise bei Erosionsschutzmaßnahmen, um dem Verlust von Ackerfläche entgegenzuwirken, eine effiziente Maßnahme im Rahmen der Katastrophenvorsorge sind. Zudem erhalten besonders vulnerable Menschen und Familien Zugang zu Arbeit und Einkommen, um gleichzeitig negative Bewältigungsmechanismen



abzumildern. Um CASH-basierte Interventionen im Fall einer Krise effektiv einsetzen zu können, sind im Rahmen der Vorsorge auf organisatorischer Ebene bestimmte Vorbereitungen zu treffen. Eine Notfallvorsorgeplanung stellt sicher, dass ausreichend Systeme und Tools verfügbar sind, um im Notfall schnell und effizient handeln zu können. Dies beinhaltet eine Kapazitätserweiterung innerhalb der Organisation auf verschiedenen Ebenen. Hierzu zählen ebenfalls Pre-Engagement-Vereinbarungen mit Dienstleistern und Verträge mit Finanzinstituten im Vorfeld eines Notfalls. Der Vorteil von CASH-basierten Interventionen ist, dass Menschen auswählen können, was sie zur Erfüllung vielfältiger und unterschiedlicher Bedürfnisse brauchen. Damit erleben sie eine größere Eigenständigkeit.



- > Unter bestimmten Voraussetzungen und nach vorheriger Analyse des Marktes sowie nach Beleuchtung des sozialen und kulturellen Kontextes kann der Einsatz von CASH eine effiziente Modalität in der Katastrophenvorsorge sein.



Was eigentlich ist „Foresight“ und was kann Foresight leisten?

Prof. Dr. Martin Voss, Andrea Jungmann, Dr. Katja Schulze, Theresa Zimmermann,
Katastrophenforschungsstelle Berlin (KFS)

Einführung

Für den deutschen Bevölkerungsschutz, der seine Ursprünge in der Bewältigung konventioneller Kriege hat und im Wesentlichen auf räumlich und zeitlich begrenzte Lagen ausgerichtet ist, stellt sich die Frage, wie wir neue und komplexere Gefahrenlagen frühzeitig erkennen und Maßnahmen zu ihrer Prävention oder Linderung ergreifen können. Sind unsere Blickweisen zu sehr durch die Vergangenheit geprägt oder können wir in einer Zeit sich beschleunigender gesellschaftlicher Veränderungen und globaler Vernetzung auch neuartige Dynamiken hinreichend früh erkennen und uns auf sie vorbereiten? Die Befürchtung liegt nahe, dass der Blick in den Rückspiegel nicht ausreicht und die verbreitete Neigung, Probleme an die vorhandenen Problemlösungen anzupassen, zu einer größer werdenden Lücke zwischen Gefährdungen und Vorbereitung führt. Zugleich ist eine Vorbereitung auf jegliches denkbare Risiko nicht möglich. So stellt sich die Frage, mittels welcher Methoden wir vorausschauen können, nicht in dem Sinne, die Zukunft vorherzusehen, wohl aber, mögliche

Keynotes:

1. Prof. Dr. Reinhold Popp – Leitung des Institute for Futures Research in Human Sciences an der Sigmund Freud Privatuniversität in Wien
2. Alexandra Rüth – Projektgruppenleitung Humanitäre Anpassung an den Klimawandel in der Abteilung Internationale Zusammenarbeit beim Deutschen Roten Kreuz (DRK)
3. Dr. Edgar Göll – Forschungsleiter der Abteilung Zukunftsforschung & Partizipation am Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT)

Entwicklungen zu imaginieren und ihnen so etwas von ihrem Überraschungspotenzial zu nehmen.

Der Workshop bot einen Raum zur Diskussion dreier Leitfragen:

- 1) Was ist Foresight im Rahmen der Katastrophenvorsorge und was unterscheidet Foresight von anderen Begriffen und Konzepten?
- 2) Für welche Themen, Bereiche und Akteure im Rahmen der Katastrophenvorsorge ist Foresight interessant?
- 3) Was kann Foresight im Rahmen der Katastrophenvorsorge leisten (Reichweite, Grenzen, Risiken)? Und was nicht?

Nach einer Einführung von Prof. Dr. Martin Voss hielten Prof. Dr. Reinhold Popp, Alexandra RÜth und Dr. Edgar Göll 15-minütige Impulsreferate. Im Anschluss daran wurden die Teilnehmenden dazu eingeladen, eigene Erfahrungen und Einschätzungen zu teilen und weiterführende Fragen zu formulieren, um diese gemeinsam mit den Expertinnen und Experten und untereinander zu diskutieren.



Auf Wunsch des Plenums wurden die daran anknüpfenden Fragen in einer gemeinsamen Runde bearbeitet. Die Ergebnisse und Ideen der Teilnehmenden werden am Ende dieser Dokumentation kurz resümiert.

Was eigentlich bedeutet Foresight?

Bereits in den Inputreferaten wurde deutlich, dass eine einheitliche Begriffsdefinition von „Foresight“ fehlt und im weitesten Sinne darunter „Vorausschau“ oder „Früherkennung“ verstanden werden kann, wobei die Begriffskonturen unscharf bleiben. Prof. Dr. Reinhold Popp betonte, dass „die Beschäftigung mit der Zukunft ein menscheitsgeschichtliches Langzeitprojekt mit offenem Ausgang“ sei. Seit jeher bemühe sich der Mensch, Zukunftsprojektionen zu entwerfen, die die Ängste, aber auch Hoffnungen der Menschen widerspiegeln. Einher gehe damit der Versuch, etwas vor auszuplanen und sich auf Bevorstehendes vorzubereiten – ganz im Sinne der Katastrophenvorsorge und Prävention. Die Zukunftsforschung („Futures Research“) bildet dabei den Ankerpunkt des Foresight-Denkens im wissenschaftlichen Kontext, wobei es weniger darum geht, klassische Wahrscheinlichkeiten abzuleiten oder gar zu berechnen, sondern vielmehr darum, plausibles Orientierungswissen zu produzieren. Prof. Popp warnte vor dem inflationären Gebrauch des Begriffs und der oft damit im Zusammenhang genannten Zukunftsforschung, die nicht selten wissenschaftliche Standards vermissen lasse und als Geschäftsmodell gern im Beratungskontext missbraucht werde.

„ Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorherzusagen, sondern auf die Zukunft vorbereitet zu sein.“

(Perikles/Περικλῆς)

Dr. Edgar Göll (IZT) ergänzte in seinem Vortrag, dass Foresight immer auch eine Perspektivenvielfalt und Vorstellungskraft voraussetze und es darum gehe, wissenschaftliches Wissen und wissenschaftliche Methoden dafür zu nutzen, Zukünfte und deren unbekannte Eigenschaften besser erfassen zu können. Im Kern seien Foresight und die damit verbundene Zukunftsforschung als inter- und transdisziplinärer, partizipativer Prozess zu verstehen, der inhaltliche, soziale und zeitliche Erweiterungen – also Perspek-



tivwechsel – und eine Erprobung neuer Lösungswege und Handlungsoptionen ermöglicht.

„ Vorstellungskraft ist wichtiger als Wissen.

Denn Wissen ist begrenzt durch alles, was wir wissen und verstehen, während Vorstellungskraft die ganze Welt umfasst und all das, was jemals zu wissen und zu verstehen sein wird.“

(Albert Einstein)

Für welche Themen, Bereiche und Akteure im Rahmen der Katastrophenvorsorge ist „Foresight“ interessant?

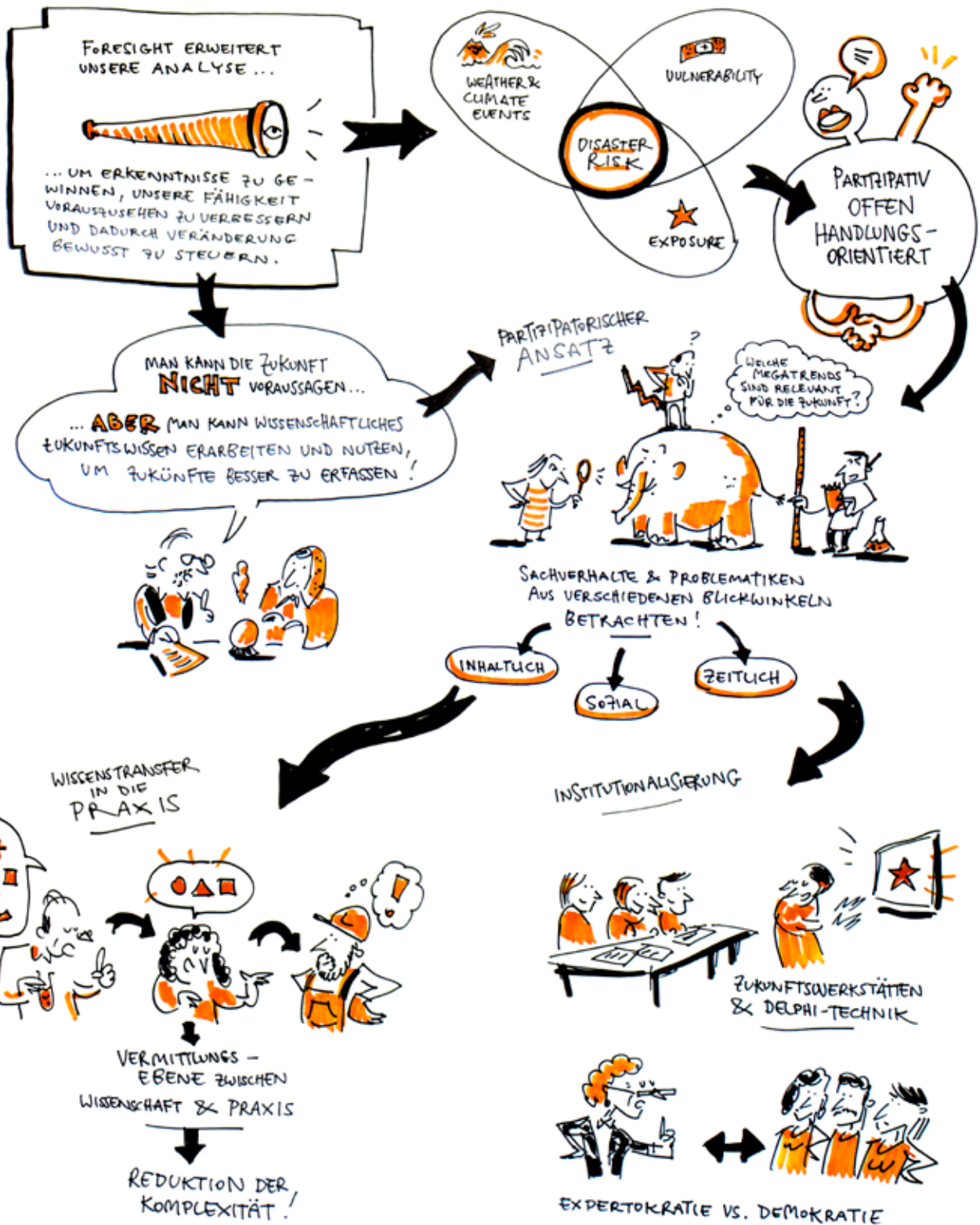
Alexandra RÜth (DRK) zeigte in ihrem Impulsreferat auf, dass wir im Kontext der Katastrophenvorsorge und humanitären Hilfe bereits damit vertraut seien, Daten und Modelle für das Aufsetzen von Strategien, Plänen und Policies zu nutzen – oft seien diese jedoch stark beschränkt und nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was es an Entwicklungen und Wandel zu berücksichtigen gebe. Um diese Perspektive anzureichern und auch neuere (Mega-)Trends wie bspw. den Klimawandel mit zunehmenden Umweltverän-

derungen, den demografischen Wandel, die Urbanisierung, die Globalisierung sowie die fortschreitende Technologisierung in den Blick zu nehmen, sieht sie den Foresight-Ansatz als Chance, „Erkenntnisse zu gewinnen, unsere Fähigkeit vorausszusehen zu verbessern und dadurch Veränderung bewusst zu steuern.“

Konkret stellte sie dies am Beispiel des „Forecast-Based Financing“ (www.forecast-based-financing.org) vor. Diese seitens des Deutschen Roten Kreuzes getragene Initiative versuche, humanitäre Hilfe „vor einer Katastrophe“ zu leisten. So gehe es prinzipiell darum, Menschen nicht erst nach dem Eintritt einer Katastrophe mit Hilfsmitteln und Ressourcen zu unterstützen, sondern bereits Gelder und Unterstützung zu mobilisieren, wenn Frühwarnsysteme Alarm schlagen und bevor bspw. das Extremwetterereignis eine verwundbare Gesellschaft trifft – weg von einer reinen Reaktion hin zur Antizipation, um das Ausmaß des Schadens im Vorfeld zu reduzieren und Menschenleben zu schützen. Neben diesem Anwendungsfeld lasse sich das Thema Foresight, so Alexandra RÜth, durchaus auch für Fort- und Weiterbildungen sowie Übungen und Planspiele von Einsatzkräften sowie Stäben im Kontext der Katastrophenvorsorge einsetzen.

WAS EIGENTLICH IST ...
»FORESIGHT«
 ... UND WAS KANN ES LEISTEN ?

Work-Shop
5



VISUAL FACILITATORS
 SEBASTIAN LÖRSCHER, BERLIN, 27.10.18

Was kann Foresight im Rahmen der Katastrophenvorsorge leisten?

Trotz vieler potenzieller Anwendungsgebiete und wissenschaftlich fundierter Methoden (Zukunftswerkstatt, Delphi-Methode, Horizon Scanning etc.) – kann Foresight eines sicher nicht: die Zukunft vorhersagen! Es leistet jedoch verschiedene Dinge, die auch im Rahmen der Katastrophenvorsorge durchaus von Wert sind: Es kann plausibles Wissen über Handlungsmöglichkeiten generieren und Orientierung geben, und es bietet die Möglichkeit, implizite Annahmen zu explizieren, neue Lösungen und Optionen zu erkennen, Gedankenexperimente anzustoßen, erste Innovationsschritte wissenschaftlich zu begleiten, um so allgemein zusätzliche Perspektiven sowie neue Impulse und ein praxisnahes kollektives Denken dessen, was die Zukunft an Überraschungen bereithalten könnte, zu gewinnen.

„Man kann die Zukunft nicht vorhersagen ... **aber** man kann wissenschaftliches Zukunftswissen erarbeiten und nutzen, um Zukünfte besser zu erfassen (mögliche, wahrscheinliche, wünschbare), und in einem partizipativ-demokratischen Prozess darauf hinarbeiten, dass Katastrophen vermieden werden und das Beste realisiert wird.“

(Rolf Kreibich)

Diskussion 1: *Wie lässt sich ein Wissenstransfer aus dem Bereich der Wissenschaft (hier: „Futures Research“) auf die Ebene der operativen Kräfte des Bevölkerungsschutzes (bspw. Einsatzkräfte) realisieren?*

Um diesen Wissenstransfer zu gestalten, braucht es nach Meinung der Workshop-Teilnehmenden Übersetzende bzw. Vermittlungsexperten („Sandwich- oder Brückeninstitutionen“). Es könne weder die Aufgabe der operativen Kräfte sein, seitenlange wissenschaftliche Studien zu lesen, noch sei es Aufgabe der Wissenschaft, ihre Erkenntnisse bspw. in Schulungsmaterial für die Personen im operativen Katastrophenschutz zu überführen – dies sei im besonderen Maße kontextspezifisch und bedeute, dass man Komplexität stark reduzieren müsse. Betont wurde daher, dass Foresight als trans- und interdisziplinärer Prozess verstanden werden müsse, in dem es nicht darum gehe, Erkenntnisse aus einem Kontext



einfach top-down in einen anderen zu übertragen und andere zu überzeugen, sondern vielmehr mittels Vermittlung unterschiedlicher Perspektiven durch Beteiligung relevanter Stakeholder in einem demokratischen Aushandlungsprozess ein robusteres Verständnis möglicher Entwicklungslinien zu generieren. Brückeninstitutionen, die zwischen Wissenschaft/Forschung und Politik sowie Anwendungspraxis vermitteln, müssten nicht Experten in allem sein, sie sollten vielmehr über Grundwissen der Zusammenhänge in ihrer ganzen Komplexität verfügen und den Foresight-Prozess mit allen daran beteiligten Akteuren gestalten und moderieren.

Diskussion 2: *Wie könnte man einen Foresight-Prozess im Bereich der Katastrophenvorsorge institutionalisieren?*

Um einen Foresight-Prozess im Kontext der Katastrophenvorsorge zu etablieren, wurde zunächst darauf verwiesen, dass es offiziell auf behördlicher Seite keine Zuständigkeiten und entsprechenden Ressourcen gebe, weshalb es wichtig sei, bereits existierende Gremien und vorhandene Strukturen (bspw. den interministeriellen Arbeitskreis) zu nutzen. Diese reichten aber nicht aus, und die schon genannten Brückeninstitutionen könnten hier als unparteiische



ganz anders agieren und helfen, die verschiedenen Perspektiven zu integrieren und das „Silodenken“ zu überwinden. Dieser Prozess müsse in „Friedenszeiten“ angestoßen werden, da in Katastrophenlagen zu wenig Zeit für Beteiligungsverfahren und Gedankenexperimente vorhanden sei. Es wurde zudem die Auswahl der zu beteiligenden Sachverständigen diskutiert, da ein solcher Partizipationsprozess nicht auf Kosten der Demokratie – vorbei an den gewählten Entscheiderinnen und Entscheidern – gestaltet werden dürfe.

- Foresight im Bereich der Katastrophenvorsorge bedeutet, sich auf einen durch Brückeninstitutionen moderierten partizipativen, ressortübergreifenden Prozess zu begeben, um vor dem Hintergrund sich rapide verändernder Gesellschaften neue Handlungsoptionen und Lösungsansätze zur Prävention von und zur Vorbereitung auf zukünftige Gefahren zu entwickeln.



Katastrophenvorsorge: Ein Querschnittsthema im „Sphere Hand- book“ und in den „Minimum Standards in Humanitarian Response“

**Reflexionen und Ausblick auf die Neuauflage des „Sphere Handbook“
2018 sowie den aktuellen „Nexus-Diskurs“**

Dr. Jürgen Clemens, Malteser International

Dr. Markus Moke, Aktion Deutschland Hilft e.V.

Einführung

In diesem Workshop gab Aninia Nadig (Sphere-Sekretariat) in ihrem Input-Vortrag praktische und konzeptionelle Hinweise zur Gewichtung der Ansätze von Preparedness und Resilienz in der überarbeiteten und ergänzten Neuauflage des „Sphere Handbook“ (Ausgabe 2018).

Das Sphere-Handbuch 2018 greift Katastrophenvorsorge (Disaster Risk Reduction, DRR), aufgrund seines erklärten Fokus auf die operative Soforthilfe – und damit anders als der erste Ansatz in der Ausgabe von 2011 – nicht mehr explizit als eines von meh-

rerer Querschnittsthemen auf. Wohl lassen sich die wesentlichen Elemente der Katastrophenvorsorge (KatV), wie Risiko-, Vulnerabilitäts- und Kapazitätsanalysen, mit einer „KatV-Lupe“ als wiederkehrende Elemente des Handbuchs sowie des humanitären Projektzyklus etwa in den verschiedenen Sektor-Kapiteln, aber auch mit Verweisen auf weitere inkludierte sowie externe Standards und Rahmenwerke ohne Weiteres nachvollziehen. Neben der Bedeutung von Situations- und Kontextanalysen inklusive der in der Anwendungspraxis erforderlichen Kontextualisierung der Sphere-Minimum-Standards wies Aninia

Nadig auf die notwendige Bedarfs- und Prinzipienorientierung der humanitären Unterstützung – auch bei KatV-Interventionen – hin.

Für die Sphere-Herausgeber und die Projektbeteiligten stehen die (betroffenen bzw. Risiken ausgesetzten) Menschen programmatisch im Zentrum. Dies gilt auch und vor allem für die Projektziele und -aktivitäten sowie die Rechenschaftslegung der operativen Akteure. Zudem werden die zunehmend komplexeren und länger andauernden Krisen („protracted crises“) als „neuer Normalfall“ (the new normal“) humanitärer Arbeit herausgestellt. Auch hierauf müssen (humanitäre) KatV-Konzepte und -Maßnahmen im Rahmen fragiler Kontexte besondere Rücksicht nehmen.

Durch die seit 2011 nochmals verstärkte Integration und Inklusion weiterer Standards im Rahmen einer „Humanitarian Standards Partnership“, hier v. a. der „Core Humanitarian Standard“ (CHS), ergeben sich weitere unmittelbar KatV-relevante Bezüge zum Sphere-Handbuch etwa aus den CHS-Commitments 3 („communities and people affected by crisis are not negatively affected and are more prepared, resilient and less at-risk as a result of humanitarian action“) und 9 („...can expect that the organisations assisting them are managing resources effectively, efficiently and ethically“) sowie den zugehörigen CHS-Indikatoren. Auch die um staatliche Akteure erweiterte gesamte Zielgruppe des Minimum-Stan-



dards-Ansatzes entspricht u. a. zentralen Aussagen des Sendai-DRR-Rahmenwerks.

Ein separates Kapitel ist in der neuen Auflage der Beachtung sowie der anzustrebenden Reduktion und Minimierung negativer Umweltauswirkungen von humanitären Interventionen gewidmet. Zudem werden urbane Nothilfekontexte explizit aufgegriffen.

Ergänzend zu den bisherigen „Sphere unpacked“-Publikationen zu Assessments und Monitoring & Evaluation deutete Aninia Nadig zudem die Option an, eine Handreichung zu „Sphere und Preparedness“ aufzugreifen, und bat hierzu um Vorschläge und aktive Unterstützung. Zudem werde das Sphere-Handbuch in Kürze um eine interaktive Online-Plattform für den Austausch über dessen Anwendungspraxis ergänzt. Weitere Informationen zur 2018-Auflage finden Sie hier: <https://spherestandards.org/handbook-2018/>

Im Verlauf des sehr intensiven Austauschs unter den Teilnehmenden mit ihrem Hintergrund sowohl in der Programmarbeit als auch im Bereich der Presseaufgaben und des Fundraisings in sogenannten multi-mandatierten NROs oder der GIZ bestand Einigkeit darüber, dass Katastrophenvorsorge im Sinne ganzheitlicher und bedürfnisorientierter Ansätze sowie der Anschlussfähigkeit im LRRD- bzw. Nexus-Diskurs sowohl aus der Perspektive der humanitären Arbeit als auch aus jener der EZ wechselseitig verstanden und zumindest konzeptionell vorgesehen werden muss.



Einige aus der praktischen Arbeit mit den bisherigen Auflagen des Sphere-Handbuchs („die Bibel der humanitären Arbeit“) sehr gut vertraute Teilnehmende warben explizit für die aktive Fortsetzung dieser an Standards und dem Verhaltenskodex orientierten Arbeit. Auch für die mögliche Ergänzung des Handbuchs etwa bzgl. der operativen Standards (SOPs) der derzeit im Aufbau befindlichen „Emergency Health Teams“ (EMT) unter WHO-Federführung wurden praktische Hinweise gegeben.

Ergänzend stellte Markus Molke die Erfahrungen im Rahmen der Katastrophenvorsorge als Gemeinschaftsaufgabe des humanitären Bündnisses Aktion Deutschland Hilft (ADH) vor. Hierbei sind neben der

durchweg übererfüllten Selbstverpflichtung, 20 Prozent der eingehenden Projektmittel für KatV-Vorhaben einzusetzen, auch Fachstudien (etwa die 2016 publizierte Meta-Analyse zum Kosten-Nutzen-Verhältnis bei KatV-Interventionen, die bei der Fachtagung Katastrophenvorsorge 2016 präsentiert wurde) und themenbezogene Evaluierungen von Einsatzfällen als Elemente zur Weiterentwicklung der strategischen Konzeption und Qualitätssicherung im Bündnis von besonderer Bedeutung. Zudem agiert ADH seit 2018 als nationaler „Country Focal Point“ des Sphere-Netzwerkes für alle humanitären Akteure in Deutschland und wird hierbei auch gerne Hinweise zur Katastrophenvorsorge in der humanitären Arbeit aufgreifen.

- Das Sphere-Handbuch 2018 fokussiert zwar mit seinen Prinzipien, Standards und Indikatoren insbesondere die Soforthilfephasen, bietet aber zugleich zahlreiche generelle und praktische fachliche und programmatisch-konzeptionelle Ansatzpunkte und relevante Verweise zu weiteren Standards für eine auf die Bedarfe, Exposition und Kapazitäten der betroffenen Menschen ausgerichtete Katastrophenvorsorge. Eine praktische Ergänzung des Handbuchs – „Sphere und Preparedness“ – ist vorbehaltlich der aktiven Unterstützung aus der „Community“ durchaus denkbar und Teil der verstärkten interaktiven Arbeit des „Sphere-Projektes“ rund um das Handbuch.



Resilience Concepts – Priorities, Experiences and Ways Forward

Martin Kunstmann, Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.

Rico Wallenta, Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat (DRK)

Patrick Bolte, Banyaneer Consulting

Einführung

Der Begriff der Resilienz wird immer häufiger in der humanitären Hilfe und in der Entwicklungszusammenarbeit genutzt. Dabei bleibt häufig aber unklar, was er eigentlich genau bedeuten soll. Der Workshop setzte sich daher zum Ziel, sich mit den unterschiedlichen Definitionen und Konzepten auseinanderzusetzen.

Auch wenn der Begriff aktuell in vielen Diskussionen genutzt wird, ist er überraschend alt und wurde bereits um 43 v. Chr. das erste Mal von Marcus Tullius Cicero angewandt, damals im Kontext der Beschreibung des Wiederaufbaus nach einem Erdbeben. Im heutigen Verständnis beschreibt der Begriff die Fähigkeit, Krisen oder Katastrophen durch Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen zu meistern und als Anlass für Entwicklung zu nutzen („to bounce back better“). In diesem Zusammenhang wird auf unterschiedliche Fähigkeiten verwiesen, um sich von einer Notlage zu erholen und schnell „wieder auf die Beine zu kommen“.

Praxisbeispiele

Im Rahmen des Vortrags des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) wurde erläutert, warum dem Aspekt der sozialen Inklusion eine zentrale Bedeutung bei der Stärkung von Resilienz zukommt. Kernaussage war, dass die Risiken, denen Menschen im Katastrophenfall ausgesetzt sind, eng mit deren gesellschaftlicher Teilhabe sowie den sozialen Netzwerken zusammenhängen, in die sie eingebunden sind. Dies ist darin begründet, dass gesellschaftliche Teilhabe den Austausch von Informationen und Ressourcen fördert und somit kollektives Handeln bzw. gegenseitige Unterstützung begünstigt. Menschen, die dagegen infolge von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Behinderung oder anderen Faktoren sozial ausgeschlossen werden, sind einem überproportionalen Risiko ausgesetzt, da sie beispielsweise nicht in Planungsprozesse eingebunden sind, potenziell lebensrettende Informationen nicht erhalten oder aber nach einer Katastrophe keinen Zugang zu Hilfe haben.



Quelle: Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V.

Gemäß der Erfahrung des ASB spielen bei der Stärkung sozialer Inklusion fünf Aspekte eine zentrale Rolle, die sogenannten „Inclusion Musts“: Identification, Accessibility, Empowerment, Meaningful Participation und Rights.

Am Beispiel aktueller Hilfsprojekte des ASB in Indonesien (Erdbeben Lombok, Sulawesi) wurde gezeigt, wie diese Aspekte in der Projektarbeit praktisch umgesetzt werden.

Im Anschluss wurden der Resilienzansatz des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und die Resilienzstrategie der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC) erläutert und anhand von Praxisbeispielen verdeutlicht.

Als wichtige Grundlage für den Ansatz dient neben der langfristigen Strategie der Organisation (Strategie 2020) das Dokument „Road to Resilience“, an dessen Entwicklung das DRK maßgeblich beteiligt war und das unter Bezugnahme auf den Resilienzansatz des DRK formuliert wurde. Sowohl IFRC als auch das DRK beschreiben Resilienz als „die Fähigkeit von Individuen, Gemeinschaften, Organisationen oder Ländern, welche dem Risiko von Krisen, Konflikten, Katastrophen sowie deren zugrundeliegender

Faktoren der Vulnerabilität ausgesetzt sind, Notlagen zu verhindern, deren Auswirkung zu verringern und zu bewältigen und sich zeitnah nach einer Krise, einem Konflikt oder einer Katastrophe wieder zu erholen, ohne langfristige Entwicklungsperspektiven zu gefährden“ (DRK 2014, Der Resilienz-Ansatz des Deutschen Roten Kreuzes).

Der Resilienzansatz des DRK ist als ein humanitär begründeter Entwicklungsansatz zu verstehen, der einerseits die aktuellen humanitären Notlagen adressiert, andererseits aber auch gleichzeitig die zugrunde liegenden Ursachen der Katastrophenanfälligkeit und die vorhandenen Entwicklungshemmnisse beachtet, in deren Folge sich das DRK in diesen Ländern auch langfristig engagieren muss. Die Hauptmerkmale des Resilienzansatzes des DRK in seiner internationalen Zusammenarbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Im Zentrum des DRK-Resilienzansatzes stehen die Stärkung von Selbsthilfe- und Anpassungsfähigkeiten von besonders katastrophenanfälligen Individuen und Gruppen in Entwicklungsländern sowie die Stärkung der Kapazitäten der Schwestergesellschaften auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.



- Bei der Stärkung von Resilienz handelt es sich beim DRK um einen übergreifenden und integrierten Ansatz, der die zentralen Aspekte der humanitären Hilfe, der Übergangshilfe und der Entwicklungszusammenarbeit anspricht und diese programmatisch sowie unter besonderer Berücksichtigung der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zusammenführt.
- Der Ansatz zur Stärkung von Resilienz wird im DRK als risikosensibler und humanitär begründeter Entwicklungsansatz verstanden, der die aktuellen humanitären Notlagen adressiert, in dem aber gleichzeitig die zugrunde liegenden Entwicklungshemmnisse beachtet werden.
- Die Stärkung von Resilienz beinhaltet für das DRK nicht nur den Schutz vor Naturgefahren, sondern es geht um die umfassende Reduzierung der jeweiligen Faktoren von Katastrophenanfälligkeit. Hierbei spielen die Reduzierung von Gesundheitsrisiken, die Ernährungssicherung, der Zugang zu Wasser und der Zugang zu sozialen Dienstleistungen eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie die Reduzierung von Naturrisiken und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels.
- Die Stärkung von Resilienz hat für das DRK eine politische, soziale (soziokulturelle), ökonomische und ökologische Dimension und spricht damit die zentralen Bestandteile einer nachhaltigen Entwicklung an. Folgende Beispiele verdeutlichen diesen multidimensionalen Ansatz. Es geht um
 - die Unterstützung der nationalen Gesellschaft bei der Vernetzung mit staatlichen Behörden zur Entwicklung von Gesundheitsrichtlinien und für staatliche Planungen im Bereich Landnutzung und Katastrophenmanagement (politische Dimension);
 - die Inklusion von Menschen mit Behinderungen und von anderen marginalisierten Gruppen in Projektplanung und durchführung (soziale Dimension);
 - die Schaffung von Möglichkeiten für Menschen in weniger entwickelten Ländern, Einkommen zu erwirtschaften und Armut zu bekämpfen (ökonomische Dimension);
 - den Schutz der natürlichen Ressourcen und eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Landnutzung (ökologische Dimension).

Neben der Vorstellung verschiedener Konzepte, Handreichungen und Werkzeuge wurden die Teilnehmenden zu einer kleinen Ausstellung relevanter Publikationen eingeladen.

Gruppenarbeitsphase

Aufbauend auf den Praxisbeispielen von ASB und DRK wurden die Teilnehmenden gebeten, sich in zwei Gruppen aufzuteilen. Gruppe 1 setzte sich aus der Perspektive einer lokalen Katastrophenmanagementbehörde bzw. einer Nichtregierungsorganisation damit auseinander, wie besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen identifiziert und aktiv in die Katastrophenvorsorge eingebunden werden können. Aus Perspektive der Betroffenen selbst wurde überlegt, welche Erwartungen diese an eine inklusive Katastrophenvorsorge haben könnten und welchen Barrieren sie ausgesetzt sind. Es wurde auch überlegt, welche Ansätze es gibt, diese Hindernisse zu überwinden. Als Barrieren für die aktive Teilhabe wurden u.a. Informations- und Verständnisdefizite, Kommunikationsbarrieren, fehlende soziale und politische Repräsentanz, Misstrauen und aktive Ausgrenzung sowie eine abweichende Prioritätensetzung der betroffenen Bevölkerungsgruppen (zumeist unmittelbare Befriedigung überlebenswichtiger Bedürfnisse) identifiziert. Zur aktiven Einbindung be-



sonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen bedarf es zunächst einmal eines ausreichenden Verständnisses, welche Bevölkerungsgruppen im Katastrophenfall einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind. Hierunter fällt die Erhebung sowohl quantitativer als auch qualitativer Daten zur Bevölkerungsstruktur und zu den Prozessen der lokalen Entscheidungsfindung. Vertreterinnen und Vertreter besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen müssen für die Bedeutung der Katastrophenvorsorge sensibilisiert werden. Darüber hinaus müssen sie in die Lage versetzt werden, in katastrophenvorsorgebezogenen Gremien und Mechanismen ihre Belange eigenständig zu vertreten. Schließlich ist es erforderlich, innerhalb der Gemeinden existierende Stigmata abzubauen und sowohl die Institutionen innerhalb der Gemeinde als auch die weitere Bevölkerung für die Belange besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen zu sensibilisieren.

Gruppe 2 befasste sich vertiefend mit der Messung von Resilienz. Dazu gab es eine Präsentation „Warum messen wir“ und die Vorstellung des Mess-Werkzeuges „Resilienzradar“ durch die Entwickler der Beraterfirma Banyaneer. Das Resilienzradar ist ein Instrument zur Beurteilung und Veranschaulichung des Resilienzniveaus einer bestimmten Zielgruppe – einer oder mehrerer Gemeinden, die von einem Entwicklungsprojekt unterstützt werden. Es besteht aus zehn Indizes, die durch eine mögliche Punktzahl zwischen 0,0 und 1,0 dargestellt werden können. Diese Indizes beziehen sich auf die zugrunde liegenden Prozesse und Ergebnisse der Resilienz



und basieren auf einer Standardumfrage. Die Ergebnisse jeder Frage können leicht in einer Tabelle erfasst werden. Mithilfe von Formularen lassen sich die Werte der vergleichbaren Indizes berechnen und darstellen. Der Resilienzradar hat den größten Wert, wenn er mindestens zweimal angewendet wird – zu Beginn eines Projekts (Baseline) und am Ende eines Projekts (Endline). Dem entsprechen zwei wichtige Funktionen: Die Grundlinie hilft bei der Identifizierung von Bedürfnissen, die ein Projekt zu bedienen versucht, die Endlinie hilft dabei, die Wirkung der Aktivitäten zum Projektende darzustellen und erlaubt den Vergleich mit der Grundlinie. Beide Linien ermöglichen es zu erkennen, wo im Laufe der Projektphase Veränderungen stattgefunden haben und eine Wirkung erzielt worden ist. Das Werkzeug ist frei verfügbar und kann über die Webseite von Banyaneer bezogen werden.

Anschließend wurden Herausforderungen und nächste Schritte diskutiert. Beispielsweise hat die IFRC vor, eine Online-Plattform zum Thema „Measuring Resilience“ aufzubauen mit dem Ziel, Handreichungen und Werkzeuge vorzustellen und Standards zu entwickeln.

Die Gruppenarbeit wurde mit einer praktischen Übung an einem Modell des Resilienzradars beendet. Nach der Hälfte der verbliebenen Zeit wurden die Gruppen getauscht und die Themen wiederholt bearbeitet.

Ergebnisse/Impulse des Workshops

Es wurde deutlich, dass Resilienzkonzepte nur miteinander vergleichbar sind, wenn sie auf einheitlichen Merkmalen aufbauen. Insbesondere ist das Messen der Resilienz in verschiedenen Projekten und durch verschiedene Akteure nur dann vergleichbar, wenn es auf gemeinsamen bzw. einheitlichen Indikatoren beruht. Die Beiträge haben auch gezeigt, dass das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung und alten Menschen zwar einerseits in internationalen Rahmenabkommen stärker an Beachtung gefunden hat, für die praktische Umsetzung jedoch weiterhin Kapazitäten aufgebaut werden müssen. Die Teilnehmenden wünschten sich, auf der Fachtagung 2019 das Thema wieder aufzugreifen und etwas über die Weiterentwicklung der Konzepte, Werkzeuge und Handreichungen zu erfahren.

> Informativ, wissenserweiternd und ideale
Anregung für fachliche Diskussionen.



Geodaten in der Katastrophenvorsorge: Einblicke in Forschung und Praxis

Sabrina Marx, Benjamin Herfort, HeiGIT / GIScience Research Group, Universität Heidelberg

Fabian Löw, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Christian Knopp, Zentrum für satellitengestützte Kriseninformation (ZKI) / Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)

Einführung

Ziel des Workshops war die Erörterung der Frage, welche Bedeutung und welchen Nutzen Geoinformationen für die Katastrophenvorsorge haben. Dies wurde anhand konkreter Beispiele aus der Forschung und Praxis erläutert – mit Fokus auf die Bereiche Fernerkundung und nutzergenerierte Geodaten, sogenannte „Volunteered Geographic Information“ (VGI).

Die Anzahl der erfassten Naturkatastrophen nimmt weltweit zu. Dies ist insbesondere auf den Anstieg hydrologischer (bspw. Hochwasser), meteorologischer (bspw. Stürme) und klimatologischer (bspw. extrem hohe Temperaturen, Dürren) Ereignisse zurückzuführen. Deutschland war in den letzten Jahren von mehreren bedeutenden Hochwasserereignissen

betroffen. Doch damit nicht genug, denn in den kommenden Jahrzehnten muss damit gerechnet werden, dass immer häufiger Wetterextreme auftreten.

Für eine gute Vorbereitung auf die Bewältigung solcher Ereignisse werden in den entscheidenden Momenten/Phasen detaillierte und verlässliche Informationen benötigt. Einerseits ist dies erforderlich, um Risiken besser einschätzen, entsprechende Maßnahmen vorbereiten und wichtige Fragen im Risikomanagement beantworten zu können: Wo ist die Bevölkerung gegenüber Naturgefahren und anderen Risiken besonders gefährdet? Was ist das Schadenpotenzial von Naturgefahren? Wo müssen eventuell Hilfeleistungspotenziale ausgebaut oder optimiert werden? Andererseits werden Informationen über

potenziell eintretende Gefahrenlagen mit möglichst viel Vorlaufzeit benötigt, um bspw. die Einsatzplanung oder auch die Evakuierungsplanung zu unterstützen, die Einsatzbereitschaft zu erhöhen oder entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

Gefahren, Ereignisse und Schutzgüter haben grundsätzlich einen Raumbezug. Wichtige Fragen im Bevölkerungsschutz sind daher: Wo sind sie räumlich verortet? Wo treffen sie zusammen? Mit digitalen Geoinformationen können umfangreiche raumbasierte Analysen durchgeführt werden, um solche Fragen zu beantworten. Im Folgenden wird speziell die Rolle von Fernerkundungsdaten und VGI in der Katastrophenvorsorge beleuchtet.

Die Rolle von Fernerkundungsdaten

Aus Fernerkundungsdaten lassen sich wertvolle Informationen zur Unterstützung solcher Analysen für große Regionen flächendeckend ableiten. Unter Fernerkundung wird dabei die Gesamtheit der Verfahren zur Gewinnung von Informationen über die Erdoberfläche ohne direkte Datenerfassung vor Ort verstanden. Spezielle Sensoren auf Drohnen, Flugzeugen oder Satelliten liefern die Rohdaten, aus denen räumliche Informationen gewonnen werden können. Die Verarbeitung von Fernerkundungsdaten setzt jedoch Expertenwissen, Zeit und Ressourcen voraus, die bei (Einsatz-)Behörden oft nicht vorhanden sind. Daher wurden nationale und internationale Fachverfahren und Dienste entwickelt, um die Leistungserbringung zu bündeln und die Fähigkeiten für verschiedenste Nutzer verfügbar zu machen. Mit Hilfe solcher Dienste können die Beteiligten im Bevölkerungsschutz mit bedarfsgerechten Informationsprodukten versorgt werden.

Der Copernicus Emergency Management Service

Der bekannteste und größte Dienst ist der Copernicus-Dienst für Katastrophen- und Krisenmanagement (engl. Copernicus Emergency Management Service, kurz: CEMS). Copernicus ist der Name des europäischen Erdbeobachtungsprogramms, dessen Satelliten, die sogenannten Sentinels („Wächter“), weltweit vielfältige Informationen zur Unterstützung der Umweltbeobachtung und des Krisenmanagements bereitstellen. Die Satellitendaten und Produkte

sind für Nutzerinnen und Nutzer kostenfrei verfügbar. Der CEMS stellt basierend auf Satellitenbilddaten und deren Auswertungen ein umfassendes Produktportfolio an kostenlosen Informationen in Form von Risikoanalysen, Frühwarnsystemen und Notfallkarten bereit.

Der Dienst zur Notfallkartierung (engl. Rapid Mapping) ist ein Teil des CEMS. Er existiert seit April 2012 und wurde seitdem 261-mal aktiviert, vor allem bei Hochwasserereignissen, Waldbränden sowie Sturmereignissen. In Deutschland wurde der Dienst zuletzt im Dezember 2017 aktiviert, um Karten der hochwasserbetroffenen Flächen in der Region Hannover, Hildesheim und Braunschweig zu erstellen.

Eines der wichtigsten Instrumente für eine effektive Katastrophenvorsorge ist die Risikoanalyse. Zur Vorbereitung auf mögliche Krisenlagen oder zur Analyse von bestimmten Risiken können über den CEMS entsprechende Auswertungen angefordert werden. Der CEMS bietet dafür ein eigenes Modul, das Risiko- und Wiederaufbaumodul (engl. Risk and Recovery Mapping). Auf Anfrage werden potenzielle Gefahrenlagen analysiert und mit sozioökonomischen Daten verknüpft. Ein gutes Beispiel für Letzteres ist die Vermögenswertekartierung BEAM Version 2 (engl.: Basic European Assets Map), den der CEMS im Auftrag des BBK erstellt hat. Der Datensatz zeigt die räumliche Verteilung von Vermögenswerten in Deutschland für das Stichjahr 2012 und kann für weitere (geodatenbasierte) Analysen zu unterschiedlichen Katastrophenrisiken genutzt werden.



Der ZKI-DE-Fernerkundungsservice

Der ZKI-DE-Fernerkundungsservice bietet ein bedarfsgerechtes Service- und Produktportfolio für Bundesbehörden für die verschiedenen Einsatzszenarien im Bereich des Notfallmanagements und für Zwecke der zivilen Sicherheit. Ergänzt wird dieses Portfolio durch Leistungen in den Bereichen Beratung und Schulung sowie nutzerorientierte Weiterentwicklung. Derzeit liefert der ZKI-DE-Service unter anderem Fernerkundungsprodukte für die Naturgefahren Flut, Sturm, Massenrutschung, Waldbrand und Erdbeben sowie zivile Sicherheits-szenarien. Die Produkte können entsprechend ihrem Analyse- und Produktionsaufwand in die folgenden Kategorien unterteilt werden: Satelliten- und Luftbildprodukt, geografisches Referenzprodukt, akute Krisenbewältigung und spezielle Lageinformation.

Derzeit werden die Produkte auf Anfrage von den zuständigen Bundesbehörden durch das ZKI erstellt; es erfolgt keine kontinuierliche Produkterstellung im Sinne eines Monitorings.

Der ZKI-DE-Service ergänzt bzw. untermauert den CEMS insofern, als das Portfolio umfangreicher ist (z. B. polizeiliche Anfragen, Luftbildinformation, Beratungen und vor allem Weiterentwicklungen). Er wird durch das Zentrum für satellitengestützte Kriseninformation (ZKI) des Deutschen Fernerkundungsdatenzentrums (DFD) im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) bereitgestellt. Langfristig sollen die Standardprodukte des ZKI-DE-Service vom BKG angeboten werden.

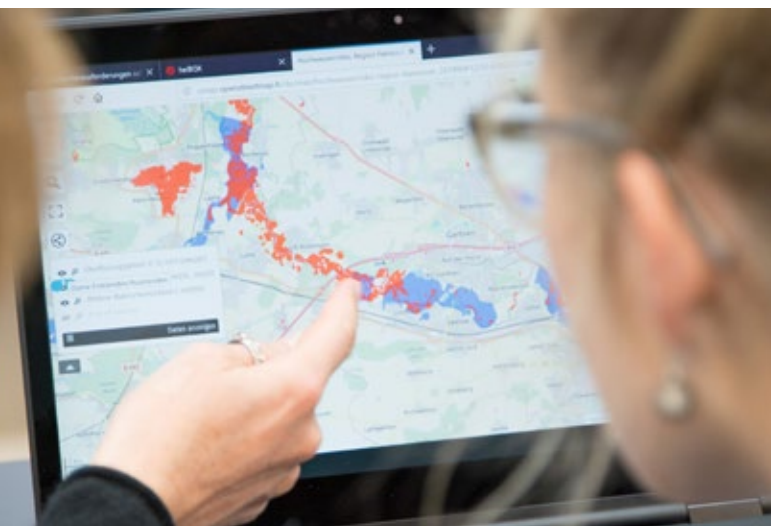
Die Rolle von nutzergenerierten Geoinformationen

Mit den steigenden Online-Partizipationsmöglichkeiten können nicht nur Fachkundige, sondern auch Laien ihre Umgebung und auch entfernte Orte auf einfache Weise digital erfassen. Informationen mit geografischem Bezug, die von Freiwilligen erhoben werden, sogenannte „Volunteered Geographic Information“ (VGI), können etablierte Datenquellen sinnvoll ergänzen und gewinnen auch in der Katastrophenvorsorge zunehmend an Bedeutung.

Datenquellen für VGI sind bspw. soziale Netzwerke, wie Twitter, Flickr und Facebook, oder Citizen-Science-Plattformen. Das bekannteste VGI-Projekt ist OpenStreetMap (OSM), eine freie Weltkarte, die auf dem Wiki-Prinzip basiert. Das Potenzial der VGI-Daten wurde erstmalig nach dem Erdbeben 2010 in Haiti in der breiteren Öffentlichkeit bekannt. Nach dem Ereignis bestand ein großer Bedarf an Geoinformationen, die auf traditionellem Wege nicht beschafft werden konnten. Daher wurden Freiwillige aktiv, und die OSM-Gemeinschaft konnte innerhalb kurzer Zeit auf der Grundlage von Satellitenbildern detailreiche Karten erzeugen. Aus diesen spontanen Hilfsaktionen hat sich unter anderem das Humanitarian OpenStreetMap Team (HOT) gegründet. HOT koordiniert OSM-Mapper, übernimmt die Kommunikation mit Hilfsorganisationen und die Entwicklung von Online- und Offline-Tools, um die Erfassung und Nutzung der Daten im Katastrophenfall zu erleichtern.

Nutzergenerierte Geoinformationen und partizipative Online-Tools bereichern sich oft gegenseitig und offenbaren viele Potenziale. So entsteht eine umfangreiche Informations- und Datengrundlage zu Themen, welche aufgrund des bedeutenden Kosten-, Zeit- und Arbeitsaufwands für Fachkundige und wegen fehlender wirtschaftlicher Verwertbarkeit der Daten nicht offiziell erfasst werden. Gerade im Bereich der humanitären Hilfe und Katastrophenvorsorge können VGI einen entscheidenden Beitrag





Die von den Teilnehmenden erstellte Online-Karte zeigt Schulen in potenziell hochwassergefährdeten Bereichen (blau) sowie die CEMS-Hochwasserkartierung von Dezember 2017 (rot).

leisten. Ein Beispiel ist das Missing-Maps-Projekt (www.missingmaps.org), gegründet vom Amerikanischen und Britischen Roten Kreuz, Ärzte ohne Grenzen UK und HOT mit dem Ziel, besonders vulnerable Gebiete mit schlechter Geodatenbasis mithilfe von Freiwilligen zu kartieren, um im Katastrophenfall besser vorbereitet zu sein.

Neben den vielen Potenzialen von VGI gibt es auch diverse Herausforderungen, die sich durch die Art der Datenerhebung und deren Ursprung ergeben. Eine der größten Schwierigkeit stellt die Heterogenität der Daten hinsichtlich ihrer Vollständigkeit und Qualität dar. Aber auch der Zugang und die Datenbeschaffung sowie das Thema Datenschutz werden derzeit intensiv diskutiert.

Hands-on: Identifikation von Kritische Infrastrukturen in potenziell überfluteten Bereichen

Der zweite Teil des Workshops befasste sich mit einer explorativen Analyse, die auf OSM und Daten des CEMS für die Region Hannover basierte. Ziel

war es, Kritische Infrastrukturen in potenziell überfluteten Bereichen zu identifizieren. Dazu wurde neben Hochwassergefahrenkarten die CEMS-Notfallkartierung des Hochwassers im Jahr 2017 verwendet. Relevante Kritische Infrastrukturen wurden beispielhaft bestimmt und von den Workshop-Teilnehmenden aus der OSM-Datenbank extrahiert. Durch die Überlagerung der verschiedenen Datensätze mit dem Online-Tool uMap konnte schließlich identifiziert werden, welche Kritischen Infrastrukturen 2017 von dem Hochwasserereignis betroffen waren und/oder sich in potenziell überfluteten Bereichen befinden.

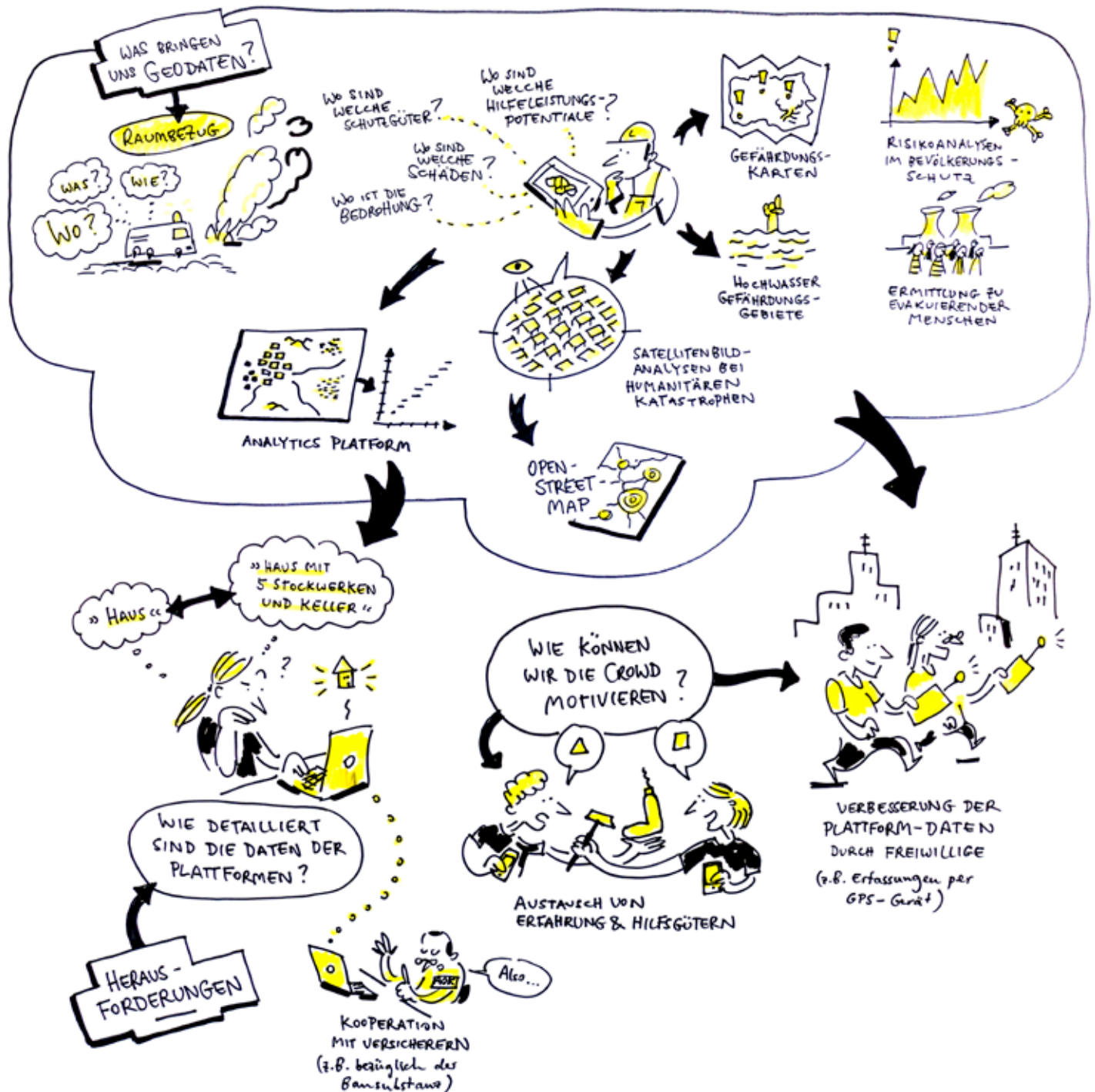
In der anschließenden Diskussion der Ergebnisse wurde auch Bezug auf die Vermögenswertekartierung BEAM des CEMS genommen. Durch Überschneidung mit den Hochwassergefahrenkarten können bspw. potenzielle Schäden an Vermögenswerten für unterschiedliche Landnutzungen (urban, industriell etc.) abgeschätzt werden.

> Gefahren, Ereignisse und Schutzgüter haben grundsätzlich einen Raumbezug. Wichtige Fragen im Bevölkerungsschutz sind daher: Wo sind sie räumlich verortet? Wo treffen sie zusammen? Mit digitalen Geoinformationen können umfangreiche raumbasierte Analysen durchgeführt werden, um solche Fragen zu beantworten.

GEODATEN

IN DER KATASTROPHENVORSORGE

Work-Shop
9



VISUAL FACILITATORS
SEBASTIAN LÖRSCHER
BERLIN, 23.10.2018



Kooperation, Vernetzung und neue Organisationsformen im Krisenmanagement

Alena Biegert, Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat (DRK)

Carolin Borgmann, Ruhr-Universität Bochum, Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht

Dr. Florian Roth, ETH Zürich, Center for Security Studies (CSS)

Einführung

Sowohl gesellschaftliche als auch ökologische und technische Entwicklungen führen zu neuen Herausforderungen im Krisenmanagement. Anpassungen machen unter anderem die Themenkomplexe Klimawandel und Extremwetterereignisse, Migration, gesellschaftlicher Wandel und Digitalisierung notwendig. Können neue Kooperationsbeziehungen und Vernetzungen zwischen unterschiedlichen Organisationsformen (u.a. zwischen Hilfsorganisationen, sozialen Akteuren und Behörden) dazu beitragen, durch effektives Zusammenwirken diesen neuen Herausforderungen zu begegnen und das lokale Krisenmanagement zu verbessern?

Wie können solche Organisationsnetze und Kooperationsformen effektiv gestaltet werden? Wie können sie gefördert werden und inwiefern unterstützen sie das lokale Krisenmanagement? Diese und weitere

Fragen wurden im Rahmen des Workshops erörtert. Basierend auf internationalen, vor allem aber nationalen Krisenerfahrungen, suchte der Workshop nach Lösungsansätzen, wie Herausforderungen bewältigt werden können, die unter dem Druck von Krisensituationen immer wieder zutage treten. Ziel des Workshops war damit die Identifizierung kontextgerechter Strukturen zur Vernetzung bzw. Bündelung von Ressourcen und Kompetenzen.

Im World-Café-Format diskutierten die Teilnehmenden an drei Tischen jeweils zu drei Fragen zu den Überthemen

1. Krisenmanagement,
2. Prävention und Vorsorge sowie
3. Trends und Auswirkungen im Krisenmanagement.

Ergebnisse

In der ersten Gruppe wurde diskutiert, wie unter dem Zeit- und Entscheidungsdruck, der Krisensituationen typischerweise prägt, Behörden, Hilfsorganisationen und Sozialakteure effektiv zusammenarbeiten können. Dabei wurde deutlich, dass es für alle Seiten von zentraler Bedeutung ist, in Krisensituationen bei den jeweiligen Partnerorganisationen Ansprechpartner mit klaren Verantwortlichkeiten vorzufinden, auf die man sich verlassen kann. Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Organisationen teilten die Erfahrung, dass es, wenn für Außenstehende Zuständigkeiten nicht klar ersichtlich sind, schnell zum Gefühl kommt, dass „niemand bei denen das machen will“. Zugleich sollte die Schaffung von bloßen Pro-forma-Strukturen und Prozessen zur Verbesserung der Zusammenarbeit vermieden werden, da sie tatsächlich eher Arbeit verursachen, als dass sie helfen. Stattdessen sollte die Zusammenarbeit in Bereichen ansetzen, in denen schnell Fortschritte zu erwarten sind („easy wins“). Gegebenenfalls können weitere Bereiche später folgen.

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen den Akteursgruppen langfristig viel Geld sparen kann, kurzfristig jedoch Koordinationskosten entstehen. Beispielsweise gilt es, Personal für die Koordinierungstätigkeiten abzustellen. Wie eine Teilnehmerin bemerkte, „muss man sich eine gute Zusammenarbeit erst einmal leisten können“. Weiter bestand Einigkeit, dass eine enge Kooperation ein hohes Maß an Vertrauen voraussetzt. Da jedoch der Aufbau von Vertrauen Zeit braucht, ist es wichtig, dass die Zusammenarbeit bereits vor der Krise beginnt. Eine gewinnbringende Möglichkeit hierzu stellen Szenarioübungen dar, in deren Rahmen Mechanismen der Zusammenarbeit eingeübt und gleichzeitig vertrauensbasierte Netzwerke etabliert werden können.

Die zweite Gruppe widmete sich der Frage, wie Kooperation zwischen verschiedenen Organisationen auf lokaler Ebene bereits in der Präventionsphase gelingen kann: Was steht der Zusammenarbeit im Wege? Was können die nationale und die internationale Katastrophenvorsorge voneinander lernen? Und wie müsste man die Zusammenarbeit zukünftig gestalten, um effektiv zu kooperieren?

Hindernisse waren schnell identifiziert: Die Teilnehmenden sahen viele mögliche Probleme, die sich aus den unterschiedlichen Organisationskulturen und -strukturen ergeben. Darunter fanden sich vermeintlich banale Fragen wie die, zu welcher Uhrzeit Treffen zwischen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Organisationen stattfinden müssen, damit auch Ehrenamtliche an ihnen teilnehmen können. Aber auch der strukturelle Vorteil, den etablierte Organisationen gegenüber Ad-hoc-Vereinigungen genießen, wurde diskutiert. Vor allem Behörden suchen eher die Zusammenarbeit mit etablierten und institutionalisierten Akteuren als mit informellen Bürgerinitiativen. Dahinter steht auch die Frage, wer als legitimer Akteur gilt, der für eine Zusammenarbeit infrage kommt.



Ein zweites Cluster möglicher Hindernisse gruppierte sich in den Augen der Teilnehmenden um die Frage der Verantwortung: Wessen Aufgabe ist es, eine Zusammenarbeit zu initiieren? Wer hat überhaupt die Ressourcen dazu? Kritisch angemerkt wurde in diesem Zusammenhang, dass der Staat grundsätzlich die Verantwortung der Daseinsvorsorge trage und aus dieser nicht entlassen werden dürfe, auch wenn die Zivilgesellschaft stärker in die Katastrophenvorsorge involviert würde.



Schließlich wurden auch die Motivation und Risikosensibilisierung der lokalen Akteure als potenzielle Hindernisse benannt. Vielen Organisationen – gerade aus der Nachbarschaftshilfe, die mit „Alltagskrisen“ bereits ausgelastet sind – sei nicht klar, welchen Nutzen sie aus einer Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ziehen könnten. Die fehlende Risikosensibilisierung auf ihrer Seite spiegelt sich in der vielleicht zu engen Wahrnehmung aufseiten der BOS von „Krise“ als „Katastrophe“ wider. Möglicherweise würde auch der Bevölkerungsschutz von einer Sensibilisierung für die schleichenden Krisen profitieren, die soziale Resilienz bereits im Alltag schwächen (soziale Spaltung, Wohnungsnot, Konflikte zwischen Gruppen etc.).

Hilfreiche Konzepte, die aus der internationalen Katastrophenhilfe und -vorsorge übernommen werden könnten, sahen die Teilnehmenden vor allem in partizipativen Ansätzen, so z.B. in der Einbindung verschiedener Akteursgruppen in die Risikoanalyse oder von Peer-Group-Initiativen wie der Weißen Brigaden in Bolivien.

Die Diskussion um (neue) Organisationsformen für die Institutionalisierung von Zusammenarbeit brachte den nachdrücklich geäußerten Wunsch nach der Schaffung klarer rechtlicher Grundlagen zutage. Daneben sollten auch Unternehmen im Sozialraum, wie lokale Geschäfte, als relevante Akteure und potenzielle Partner berücksichtigt werden. Wie schon in anderen Gruppen wurden insbesondere gemeinsame Übungen als spielerische Ansätze zum gegenseitigen Kennenlernen und zur Risikosensibilisierung ge-

nannt und Netzwerke als sinnvollste Organisationsform identifiziert.

Im dritten Teil des Workshops beschäftigten sich die Teilnehmenden mit Fragen zu zukünftigen Trends und Auswirkungen auf das Krisenmanagement. Es wurden die technischen, ökologischen, politischen und sozialen Trends und Herausforderungen der kommenden Jahre erörtert. Des Weiteren wurde diskutiert, welchen Beitrag Krisenmanagement zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts leisten kann und welche Organisationsformen entwickelt werden müssen, um auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet zu sein.

Zwei Herausforderungen wurden als besonders relevant identifiziert:

1. die zunehmende Digitalisierung und
2. der gesellschaftliche Wandel.

Der Digitalisierungstrend erfordere eine kontinuierliche Ausbildung von Behördenangestellten und Beschäftigte im Bevölkerungsschutz in der Informationstechnik (IT). Nur so könne fehlendem IT-Wissen vorgebeugt und eine adäquate Informations- und Kommunikationspolitik über soziale Medien betrieben werden, nur so sei es möglich, neue Technologien zu bedienen oder Cyber-Angriffe abzuwehren. Was auch bei einer guten Ausbildung bestehen bleibe, sei die stärkere Abhängigkeit von Technologien und die damit verbundene höhere Anfälligkeit für Kaskadeneffekte.

Unter gesellschaftlichem Wandel wurden die demographische Entwicklung, der Rückgang langfristigen ehrenamtlichen Engagements, erhöhte Mobilitätsanforderungen an Arbeitnehmer, sinkende Anerkennung und Respekt für das Engagement im Bevölkerungsschutz und das Auseinanderdriften der Erwartungen und Ansprüche vonseiten der Ehrenamtlichen sowie vonseiten der Organisationen an die Ausbildung, Tätigkeit und Verfügbarkeit genannt. Diskutiert wurde zudem die Notwendigkeit eines vermehrten Einsatzes hauptamtlicher Kräfte.

Nach Auffassung der Teilnehmenden kann das Krisenmanagement in allen Phasen einer Krise zu einer Stärkung des sozialen Zusammenhalts beitragen. Präventiv könnten Bevölkerungsschutzorganisationen

und Behörden Räume, Veranstaltungen und Möglichkeiten bieten, um Netzwerke aufzubauen und über den Bevölkerungsschutz im Allgemeinen sowie über die Arbeit einzelner Organisationen im Besonderen zu informieren. Dabei sollten sie möglichst bereits im frühen Kindesalter ansetzen und Jugendarbeit betreiben. An dieser Stelle wurden organisa-

tionsübergreifende Übungen sowie Übungen unter Einbezug der Bevölkerung als wichtiges Instrument herausgestellt.

Als weiterer Ansatz zur Prävention in Krisen sollten negativen Katastrophenmythen positive Narrative entgegnet werden. Nicht zuletzt wurde betont, dass Krisen und Katastrophen in der Regel selbst zu einer Stärkung des Zusammenhalts beitragen, indem sie eine gemeinschaftliche Bearbeitung und die Vernetzung von Akteuren erzwingen, die im Alltag unter Umständen nur in geringem oder gar keinem Kontakt zueinander stehen.

Für die Bewältigung der Herausforderungen sei es wichtig, gezielt bisher wenig in Bevölkerungsschutzorganisationen vertretene Personengruppen wie Migrant*innen, ältere und jüngere Menschen sowie Frauen anzusprechen und einzubeziehen. Weiterhin sollte über Lösungen zur Erhöhung der Zahl an Ehrenamtlichen nachgedacht werden. Als Beispiele wurden Anreizsysteme wie Rentenpunkte, Weihnachtsgeld oder Steuererleichterungen bei regelmäßigem Engagement, ein verpflichtendes soziales Jahr oder flexiblere projektbezogene Ehrenamtsformate genannt. Weiterhin müsse eine stärkere Verknüpfung von Akteuren des Katastrophenschutzes mit Akteuren aus dem Sozialbereich erfolgen. Schließlich wurde die Nutzung neuer Technologien vorgeschlagen, beispielsweise das Sammeln und Abrufen von Freiwilligen via Cloud.



- > Der Workshop hat gezeigt, dass eine verstärkte Vernetzung zwischen Behörden, Hilfsorganisationen und sozialen Einrichtungen essenziell für die Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen im Krisenmanagement ist.

KOOPERATION, VERNETZUNG UND NEUE ORGANISATIONSFORMEN

EINBLICKE IN FORSCHUNG & PRAXIS

Work-
Shop
10

A KRISEN-MANAGEMENT



TRAINIEREN DER
ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN
DEN ORGANISATIONEN



IST EINE GEMEINSAME
SPRACHE
REALISTISCH?



KLARE VERANTWORT-
LICHKEITEN, AUF
DIE SICH PARTNER
VERLASSEN KÖNNEN



VERTRAUENS-
AUFBAU ...

... ZWISCHEN DEN
AKTEUREN &
VERANTWORTLICHEN

B PRÄVENTION & VORSORGE



PLATTFORMEN &
SPIELERISCHE
ANSÄTZE



EINBINDUNG
DER PRIVAT-
WIRTSCHAFT



EINBINDUNG
ALLER AKTEURE
IN RISIKOANALYSE

AKTEURSMAPPING



PARTIZIPATIVE
ANSÄTZE

C TRENDS & AUSWIRKUNGEN



VERKNÜPFUNG VON
KATASTROPHENSCHUTZ
& SOZIALBEREICH



HETEROGENE
GRUPPEN
FÖRDERN!

STUDENTEN &
AZUBIS FÜR
EHNAMTKE
TÄTIGKEITEN
GEWINNEN



z.B.
Erste-Hilfe-
Kurse vor Ort



STÄRKUNG
DER VEREINE
& JUGEND-
ARBEIT
(z.B. Freiwillige
Feuerwehr)



IT-WISSEN &
RISIKOBEWUSSTSEIN
STÄRKEN

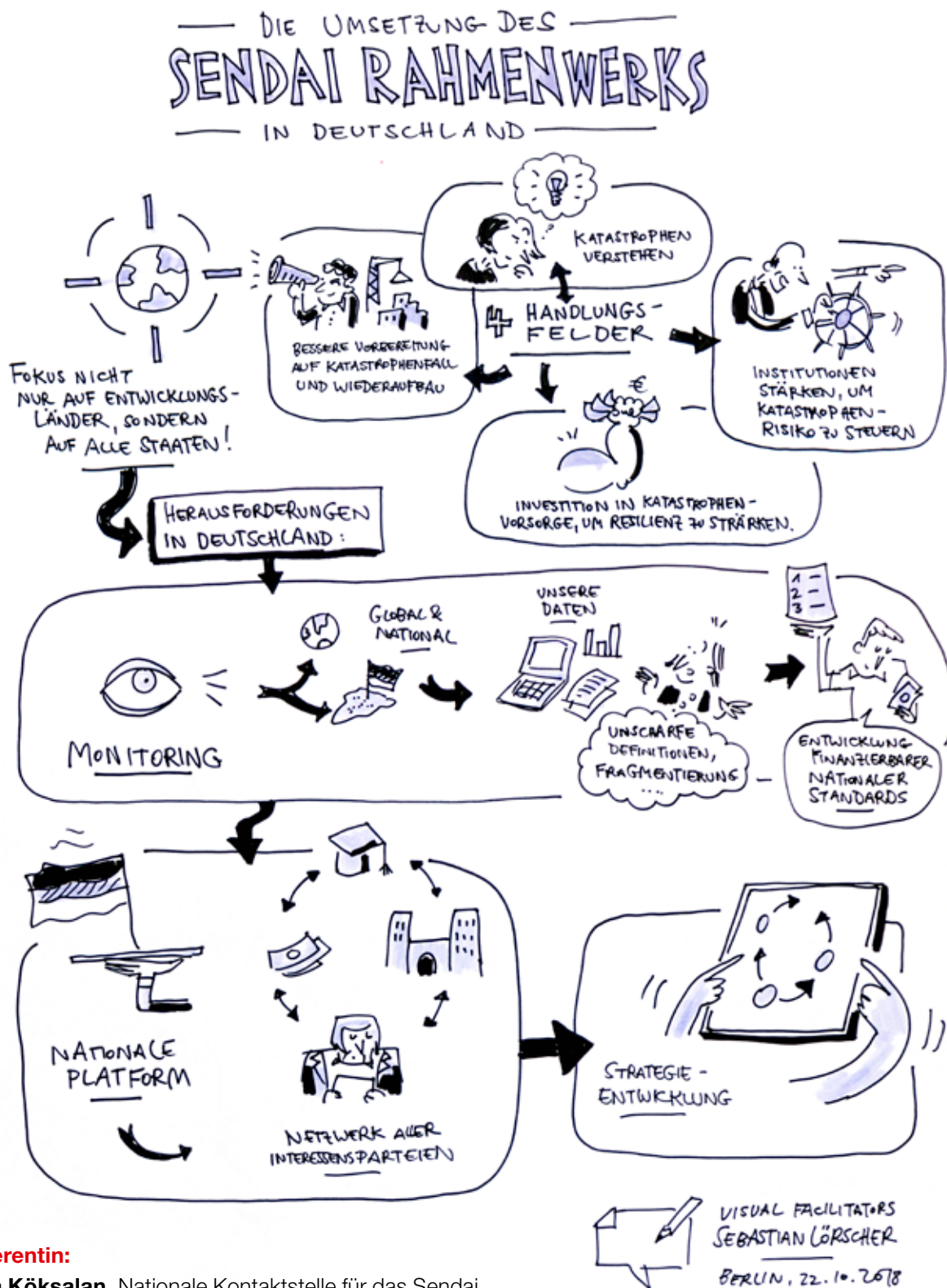


Cyber
Attacks



VISUAL FACILITATORS
SEBASTIAN BÖRNER
BERLIN, 27.10.2018

Graphic Recordings



Referentin:

Nina Köksalan, Nationale Kontaktstelle für das Sendai Rahmenwerk Deutschland, beim BBK

WILDFIRES IN SWEDEN

— CHALLENGES & LESSONS LEARNED —



Referent:

Anders Åhlström, Schwedischer Katastrophenschutz (MSB)

VISUAL FACILITATORS
SEBASTIAN LÖRSCHER
BERLIN, 22.10.2018

KATASTROPHENVORSORGE & KATASTROPHENSCHUTZ IN DEUTSCHLAND

KEY-
NOTE

» EIN STATEMENT AUS SICHT DER LÄNDER «

DR.
ALEXANDER
GÖTZ



ICH MÖCHTE EINE
LANGE BRECHEN
FÜR DIE KOMPUTERISIERTE
VORGÄNGE IN
DEUTSCHLAND ...

... SIE MACHEN
UNS ZU LANGSAM,
ABER AUCH
NACHHALTIG &
STARK !

BEISPIEL:

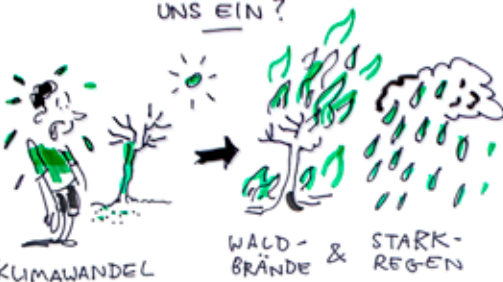


FEUERWEHRLAUTE AUS NIEDERSACHSEN
IN SCHWEDEN .

» SOWAS KÖNNEN WIR AUFGRUND
UNSERER STRUKTUREN IMMER
LEISTEN ! «

IN DER MOTIVATION
DER LOKALEN RESSOURCEN
LIEGT DIE GRÖSSTE
KRAFT !

AUF WELCHE
GEFÄHRDUNGEN
STELLEN WIR
UNS EIN ?



VORTEILE DES
SENDAI
RAHMEN-
WERKS...

... UND
ANMERKUNGEN:



VON INTERNATIONALEN
LEARNINGS AUF
LOKALE BEGEBEN-
HEITEN SCHLIESSEN.



ABER:
KATASTROPHENVORSORGE
DARF NICHT ZUR AUFGABE
DER KATASTROPHENSCHÜTZER
WERDEN !

WIR KÖNNEN
DIE DINGE NICHT
ALLEINE REGELN...

UND :

BEI ALLER
EUROPÄISIERUNG
SOLLTEN WIR TROTZDEM
IMMER ZUERST AUF
UNSERE **EIGENE** !
VORSORGE ACHTEN .



VISUAL
FACILITATORS
S. LÖRCHER
BERLIN, 22. 10. 2018

Referent:

Dr. Alexander Götz, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

— CONTRIBUTIONS OF THE IFRC — TOWARDS THE SENDAI FRAMEWORK

KEY-
NOTE

JAGAN
CHAPAGAIN



WE HAVE TO CHANGE
OUR PERSPECTIVE!



UNTIL NOW, WE WERE
CONCENTRATING TO
RESPOND, WHEN SOME-
THING HAPPENED...



... NOW WE SHOULD
CONCENTRATE TO REDUCE
THE NEED TO RESPOND!

THIS IS NOT ONLY
RELEVANT FOR
3RD WORLD COUNTRIES...
...THIS IS ALSO
IMPORTANT FOR
THE FIRST WORLD!



EVERY COMMUNITY,
NO MATTER HOW
VULNERABLE IT MIGHT
BE, HAS ALSO ITS
CAPACITIES!

DRR
PRIORITIES



STRENGTHEN
PREPAREDNESS
CAPACITIES OF
COMMUNITIES

MITIGATE THE
ADVERSE EFFECTS
OF HAZARDS



PROTECT
DEVELOP-
MENT
PROJECTS



FROM THE IMPACT
OF DISASTERS

INVESTING IN DRR
SAVES LIVES &
MONEY!



THE DEFINITION
OF SUCCESS MUST
CHANGE!

FROM THE NUMBER
& SCALE OF RESPONSES...



...TO REDUCTION OF
NEEDS!

AS LOCAL AS
POSSIBLE...



... AS GLOBAL
AS NECESSARY!



HOW DO WE PUT OUR
ACTIONS INTO WORDS
THE LOCAL COMMUNITIES
UNDERSTAND?

INVEST IN
COMMUNITIES!



ENABLE EARLY
ACTION
ON THE GROUND



STRENGTHEN
THE ENABLING
REGULATORY
ENVIRONMENT



SUPPORT THE
ONE BILLION
COALITION
INITIATIVE!

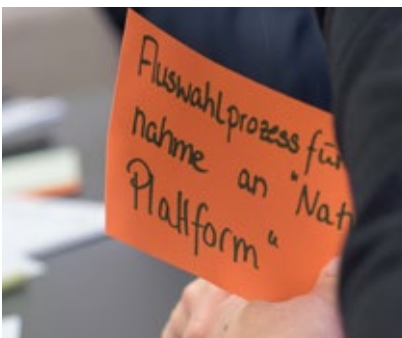


LINK THE DRR INTO THE
GLOBAL FRAMEWORK!

Referent:

Jagan Chapagain, Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC)

Impressionen





Impressum

Herausgeber

Deutsches Rotes Kreuz e.V.
DRK-Generalsekretariat
Carstennstraße 58
12205 Berlin
Tel.: +49.(0)30.854 040
Fax: +49.(0)30.854 04 450
www.DRK.de

Konzept und Realisation

Deutsches Rotes Kreuz e.V.
DRK-Generalsekretariat
Bereich Nationale Hilfsgesellschaft
Team Internationale Zusammenarbeit

Verantwortlich

Stefan Scholz
Referent Katastrophenvorsorge, Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat (DRK)
E-Mail: S.Scholz@drk.de

Redaktion

Sabine Ehrke, Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat (DRK)

Satz und Layout

STÜRMER & DRÄNGER – Visuelle Kommunikation GmbH

Grafic Recording

Sebastian Lörscher – Visual Facilitators

Fotos

Philipp Meise, philipp.talamini@gmail.com

Autorinnen und Autoren

(in der Reihenfolge der Beiträge)

Nina Köksalan, Laura Vanessa Müller, Nationale Kontaktstelle für das Sendai Rahmenwerk, Deutschland beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Stefanie Mey-Richters, Susanne Krings, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Lynn Schüller, Benni Thiebes, Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV)

Agnetha Schuchardt, Jennifer Hartmann, Freie Universität Berlin (FU Berlin)

Ria Hidajat, Markus Steinich, Julian Tost, Andrea Staudhammer
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Katie Peters, Overseas Development Institute (ODI)

Marlene Fiedler, Anja Böhnke, Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat (DRK)

Brady Mott, Bruno Molijn, Oxfam Novib

Mareike Badoreck, Aktion gegen den Hunger

Prof. Dr. Martin Voss, Andrea Jungmann, Dr. Katja Schulze, Theresa Zimmermann
Katastrophenforschungsstelle Berlin (KFS), Freie Universität Berlin

Dr. Jürgen Clemens, Malteser International

Dr. Markus Moke, Aktion Deutschland Hilft e.V.

Martin Kunstmann, Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.

Rico Wallenta, Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat (DRK)

Patrick Bolte, Banyaneer Consulting

Benjamin Herfort, Sabrina Marx, HeiGIT/GIScience Research Group, Universität Heidelberg,

Fabian Löw, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Christian Knopp, Zentrum für satellitengestützte Kriseninformation (ZKI)/Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)

Dr. Roth Florian, ETH Zürich, Center for Security Studies (CSS)

Alena Biegert, Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat (DRK)

Carolin Borgmann, Ruhr-Universität Bochum, Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht

Die Grundsätze des Roten Kreuzes und Roten Halbmondes



Menschlichkeit

Die internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, entstanden aus dem Willen, den Verwundeten der Schlachtfelder unterschiedslos Hilfe zu leisten, bemüht sich in ihrer internationalen und nationalen Tätigkeit, menschliches Leiden überall und jederzeit zu verhüten und zu lindern. Sie ist bestrebt, Leben und Gesundheit zu schützen und der Würde des Menschen Achtung zu verschaffen. Sie fördert gegenseitiges Verständnis, Freundschaft, Zusammenarbeit und einen dauerhaften Frieden unter allen Völkern.



Neutralität

Um sich das Vertrauen aller zu bewahren, enthält sich die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung der Teilnahme an Feindseligkeiten wie auch, zu jeder Zeit, an politischen, rassistischen, religiösen oder ideologischen Auseinandersetzungen.



Freiwilligkeit

Die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung verkörpert freiwillige und uneigennützige Hilfe ohne jedes Gewinnstreben.



Unabhängigkeit

Die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung ist unabhängig. Wenn auch die Nationalen Gesellschaften den Behörden bei ihrer humanitären Tätigkeit als Hilfsgesellschaften zur Seite stehen und den jeweiligen Landesgesetzen unterworfen sind, müssen sie dennoch eine Eigenständigkeit bewahren, die ihnen gestattet, jederzeit nach den Grundsätzen der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung zu handeln.



Einheit

In jedem Land kann es nur eine einzige Nationale Rotkreuz- oder Rothalbmondgesellschaft geben. Sie muss allen offen stehen und ihre humanitäre Tätigkeit im ganzen Gebiet ausüben.



Unparteilichkeit

Die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung unterscheidet nicht nach Nationalität, Rasse, Religion, sozialer Stellung oder politischer Überzeugung. Sie ist einzig bemüht, den Menschen nach dem Maß ihrer Not zu helfen und dabei den dringendsten Fällen den Vorrang zu geben.



Universalität

Die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung ist weltumfassend. In ihr haben alle Nationalen Gesellschaften gleiche Rechte und die Pflicht, einander zu helfen.